

Europapolitischer Antrag des CDU-Bundesvorstandes an den 26. Parteitag

CDU-Mitglieder können im CDU-Mitgliedernetz unter www.cduplus.de bis zum Ende der Antragsfrist (7. März 2014, 24 Uhr) den Antrag diskutieren und ihre eigenen Vorschläge einbringen!

Jetzt mitmachen!



CDU

1 **1.**

2 **Präambel**

3 **Für ein starkes Deutschland in einem starken Europa**

4 **1. Deutschlands Zukunft in Europa**

5 1.1 Europa der Werte – was uns eint

6 1.2 Gute Partnerschaften – Schlüssel zum Erfolg

7 1.3 Europa der Bürger – bürgernahes Europa

8 1.4 Gutes Regieren in Europa – Entscheidungsvorgänge
9 verbessern

10 **2. Europas Wohlstand sichern –**
11 **stabiler Euro, nachhaltige Wachstumschancen eröffnen,**
12 **Beschäftigung schaffen**

13 2.1 Soziale Marktwirtschaft, Binnenmarkt und freier Handel –
14 Grundlage für ein wettbewerbsfähiges Europa

15 2.2 Stabiler Euro und solide Haushalte – starkes Europa

16 2.3 Finanzmarktregulierung – streng und wirksam

17 2.4 Mittelstand und Industrie – für Beschäftigung und
18 Wohlstand

19 2.5 Europäischer Arbeitsmarkt: Chancen der Freizügigkeit
20 nutzen –

21 missbräuchliche Zuwanderung in soziale
22 Sicherungssysteme verhindern

23 2.6 Forschung – in Europas Zukunft investieren

24 2.7 Verkehr – wir machen Europa mobil

25 2.8 Europäische Energieversorgung – stärker im Verbund

26 2.9 Europa fit machen für die digitale Zukunft

27 **3. Lebenswertes Europa**

28 3.1 Bildungszusammenarbeit stärken – Neue Chancen eröffnen

29 3.2 Nachhaltige und wettbewerbsfähige Landwirtschaft –
30 sichere Versorgung

31 3.3 Gemeinsame Verantwortung – Europäische Umwelt- und
32 Klimapolitik

- 33 3.4 Verbraucherschutz und gute Lebensmittel –
- 34 Vertrauen in Märkte und Produkte stärken
- 35 3.5 Gesundheit in Europa – im Dienste der Menschen
- 36 3.6 Stadt, Land, Europa – Regionalpolitik für eine starke Heimat
- 37 3.7 Vielfalt in Kultur und Medien – Europas Reichtum
- 38 3.8 Generationengerechtes Europa – Bevölkerungswandel
- 39 gestalten
- 40 3.9 Menschen mit Behinderung – für ein gutes Miteinander
- 41 3.10 Ehrenamt und Bürgerbeteiligung – Teilhabe und
- 42 Verantwortung
- 43 3.11 Kirchen und Religionsgemeinschaften – Glaube achten,
- 44 Werte leben
- 45 3.12 Vertriebene und nationale Minderheiten – lebendige Vielfalt

46 **4. Europa: In Freiheit und Sicherheit leben**

- 47 4.1 Grenzüberschreitende und Organisierte Kriminalität
- 48 wirksam bekämpfen
- 49 4.2 Offene Grenzen in Europa – sichere Außengrenzen
- 50 gewährleisten
- 51 4.3 Gemeinsame Flüchtlings- und Asylpolitik –
- 52 Schutzbedürftigen helfen
- 53 4.4 Verantwortungsbewusste Datenpolitik – Privatsphäre
- 54 schützen
- 55 4.5 Netzsicherheit erhöhen – Freiheit in einem sicheren Netz

56 **5. Europas Verantwortung in der Welt**

- 57 5.1 Europäische Außen- und Sicherheitspolitik –
- 58 weltweit für Frieden und Menschenrechte
- 59 5.2 Festigung vor Erweiterung – Europas Zusammenhalt
- 60 stärken
- 61 5.3 Europäische Nachbarschaftspolitik – für Demokratie,
- 62 Stabilität und Wohlstand
- 63 5.4 Nachhaltige Entwicklung – globale Gerechtigkeit

64 **2.**

65 **Präambel**

66 **Für ein starkes Deutschland in einem starken Europa**

67 Bei der Europawahl 2014 werden die Weichen für das Europa von
68 morgen gestellt. Die Menschen in der Europäischen Union stimmen
69 darüber ab, wie sie künftig leben wollen. Die internationale
70 Finanzkrise und die Euro-Schuldenkrise haben uns gezeigt: Auch
71 Deutschland wird es auf Dauer nur gut gehen, wenn es Europa gut
72 geht. Europa ist ein weltweit einmaliges Projekt der gemeinsamen
73 Werte und des Friedens. Ohne die Europäische Union ist
74 Deutschland für uns Deutsche heute nicht mehr vorstellbar.

75 Die anstehenden Herausforderungen einer sich immer stärker
76 verzahnenden Welt werden wir nur in einem geeinten und starken
77 Europa bestehen können. Wenn wir unsere Werte, unseren
78 Lebensstil, unseren Wohlstand und unsere sozialen
79 Errungenschaften bewahren wollen, brauchen wir ein starkes
80 Europa. Wir wollen ein Europa, das sich zu seinen Werten und zu
81 seinen christlich-abendländischen Wurzeln bekennt. Seit 2009 ist
82 die Charta der Grundrechte in der Europäischen Union rechtlich
83 verbindlich für die Arbeit der EU-Institutionen. Dies ist ein wichtiger
84 Schritt für das Europa der Werte. In der Rechtspraxis muss die
85 Charta der Grundrechte aber noch stärker mit Leben erfüllt werden.
86 Mit unserem Bekenntnis zu Toleranz trägt die Europäische Union zu
87 einem friedlicheren Miteinander der Regionen und Religionen der
88 Welt bei. Ein starkes und selbstbewusstes Europa ist unsere
89 Alternative zu den auf Unterdrückung, Fanatismus und Hass
90 setzenden Regimen in anderen Teilen der Welt. Die CDU steht
91 besonders mit ihren Bundeskanzlern Konrad Adenauer, Helmut
92 Kohl und Angela Merkel konsequent für dieses geeinte Europa,
93 durch das die Deutschen in Einigkeit und Recht und Freiheit leben
94 können.

95 **3.**

96 Deshalb erneuern und bekräftigen wir Christlichen Demokraten
97 unser Bekenntnis zu Europa aus voller Überzeugung. Wir kämpfen
98 in der Wahl zum Europäischen Parlament entschlossen für ein
99 starkes und wettbewerbsfähiges Europa. Dafür wollen wir in den
100 kommenden fünf Jahren im Europäischen Parlament zusammen mit
101 unseren Schwesterparteien in der Europäischen Volkspartei (EVP)
102 die Weichen richtig stellen. Wir wollen, dass es 2019 den Menschen
103 in allen Teilen der Europäischen Union besser geht als heute. Unser
104 Ziel ist, dass so wie Deutschland auch Europa gestärkt aus der
105 Krise kommt. Mit einer weltweit wettbewerbsfähigen Industrie,
106 stabilen Finanzen in allen Mitgliedstaaten und mehr Investitionen in
107 die Zukunft können wir dieses Ziel erreichen.

108 Wir wissen, dass dafür weitere Anstrengungen nötig sind. Wir
109 wissen aber auch: Wenn wir zusammen diese Schritte gehen,
110 machen wir Deutschland und Europa fit für die Zukunft. Dafür
111 wollen wir gemeinsam mit den Menschen in unserem Land arbeiten.
112 In diesem Programm haben wir festgehalten, was uns in Europa
113 wichtig ist und wofür wir uns im deutschen Interesse in den
114 nächsten fünf Jahren einsetzen wollen. Dabei kommt dem
115 Europäischen Parlament eine besondere Bedeutung zu. In einem
116 starken Parlament wollen wir mit einer starken deutschen Stimme
117 unsere Interessen in Europa vertreten.

118 **4.**

119 **1. Deutschlands Zukunft in Europa**

120 **1.1 Europa der Werte – was uns eint**

121 Freiheit, Demokratie und soziale Sicherheit stehen für uns
122 in Europa in einem unauflöslichen Zusammenhang. Die 500
123 Millionen Einwohner des größten Binnenmarktes der Welt
124 leben heute in Sicherheit und genießen überwiegend einen

125 hohen Lebensstandard. Europa strahlt weit über seine
126 Grenzen hinaus Stabilität und Wohlstand aus.

127 Unser Alltag in Deutschland und Europa kennt keine
128 Mauern und keine Schlagbäume. Wir können frei reisen,
129 überall wohnen, lernen und arbeiten. Immer mehr
130 Menschen nutzen diese Chancen. Für viele Jüngere ist es
131 eine Selbstverständlichkeit geworden, einen Teil ihrer
132 Ausbildung oder ihres Arbeitslebens im europäischen
133 Ausland zu verbringen.

134 100 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg, 75 Jahre nach der
135 Katastrophe des Zweiten Weltkrieges und 25 Jahre nach
136 dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Kalten
137 Krieges, der Wiedervereinigung Deutschlands und des
138 gesamten europäischen Kontinents nach Jahrzehnten der
139 Trennung, ist es Zeit, einmal mehr klar und stolz zu sagen:
140 Europa ist die Lehre aus den Fehlern der ersten Hälfte des
141 20. Jahrhunderts. Europa ist die Antwort für die großen
142 Herausforderungen im 21. Jahrhundert!
143 Dies verpflichtet uns, den Weg der europäischen Einigung
144 entschlossen fortzusetzen und uns weiter für ein friedliches
145 und demokratisches Europa einzusetzen. Diese Aufgabe ist
146 für uns sowohl eine Frage der Vernunft als auch eine
147 Herzenssache.

148 **5.**

149 Wir stehen in den nächsten Jahren vor großen
150 Herausforderungen. Von den über sieben Milliarden
151 Menschen auf der Welt lebt heute nur noch gut jeder
152 Hundertste in Deutschland. Die Europäische Union steht
153 heute mit ihren etwas mehr als 500 Millionen Menschen
154 noch für etwa sieben Prozent der Weltbevölkerung. Bis
155 2050 wird die weltweite Bevölkerung auf über neun

156 Milliarden Menschen ansteigen, während die deutsche und
157 europäische Bevölkerungszahl weiter zurückgeht. In einer
158 immer stärker globalisierten Welt können wir unsere Werte
159 und Interessen nur gemeinsam als Europäer wirksam
160 vertreten. Deshalb will die CDU eine starke Europäische
161 Union. Gemeinsam wollen wir Demokratie und die Soziale
162 Marktwirtschaft international durchsetzen. Dazu brauchen
163 wir in Europa die notwendigen Handlungsmöglichkeiten mit
164 den entsprechenden Zuständigkeiten. Europa ist und bleibt
165 entscheidend, damit wir die Herausforderungen der Zukunft
166 meistern können. Nur wenn wir Europäer mit einer Stimme
167 sprechen, werden wir auch zukünftig weltweit gehört.

168 6.

169 1.2 Gute Partnerschaften – Schlüssel zum Erfolg

170 Eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller EU-
171 Mitgliedstaaten ist der Schlüssel zum gemeinsamen Erfolg.
172 Wir wollen mit allen Partnern zusammen nach Wegen
173 suchen, wie wir Europa stärken. Denn Europa gelingt nur
174 gemeinsam, unabhängig von der Größe eines
175 Mitgliedstaates. Aber wir wissen auch, dass die
176 Europäische Integration immer wieder einen deutsch-
177 französischen Motor braucht. Deshalb kommt der
178 Partnerschaft mit unserem Nachbarn eine besondere
179 Bedeutung zu. Die deutsch-französische Freundschaft ist in
180 ihrer Breite und Tiefe einzigartig. Unsere Länder haben als
181 starke Wirtschaftsnationen ein besonderes Interesse, aber
182 auch besondere Möglichkeiten, die europäische Einigung
183 weiter voranzubringen. Dieser Verantwortung wollen wir
184 auch in Zukunft durch gemeinsame Initiativen im Interesse
185 Europas gerecht werden. So wie z. B. Airbus als
186 europäisches Gemeinschaftsprojekt ein Erfolg geworden
187 ist, wollen wir auch neue deutsch-französische

Technologie-Projekte von der Weltraumforschung bis zur Weiterentwicklung des Schnellbahnnetzes entwickeln.

Wir wollen unsere Partnerschaft mit unserem Nachbarn Polen weiter vertiefen und die vielfältigen Beziehungen nutzen, um die persönlichen Begegnungen zwischen den Menschen auszubauen und die lebendigen wirtschaftlichen Beziehungen weiterzuentwickeln. Deutschland wird die trilaterale Zusammenarbeit mit Frankreich und Polen (Weimarer Dreieck) weiter ausbauen, um der europäischen Einigung neue Impulse zu geben.

7.

1.3 Europa der Bürger – bürgernahes Europa

Unser Europa muss stärker ein Europa der Bürger werden. Wir arbeiten für ein Europa, das den Menschen Chancen für ihr berufliches und privates Wohlergehen eröffnet. Dazu fördern wir den Austausch zwischen unseren Ländern und erleichtern auf diesem Weg die Begegnungen der Menschen. Daher setzen wir uns für das Erlernen von Fremdsprachen sowie für Austauschprogramme von Jugendlichen, Arbeitnehmern, Studenten und Forschern in Europa ein. Das Deutsch-Französische Jugendwerk und das Deutsch-Polnische Jugendwerk werden wir als entscheidende Elemente der europäischen Verständigung weiter intensiv fördern. Wer die Sprache und Kultur des Nachbarn kennt, baut leichter Freundschaften über Grenzen hinweg auf. Neue Partnerschaften zwischen deutschen und europäischen Städten wollen wir anstoßen und bestehende mit neuem Leben füllen, um den europäischen Gedanken und das Verständnis füreinander in der unmittelbaren Begegnung der Menschen untereinander zu stärken. Ziel muss es sein, bei den Menschen mehr Begeisterung für die europäische Idee zu wecken.

220 Obwohl für immer mehr Bürger Europa im Alltag
221 selbstverständlich ist, erscheint die Europäische Union mit
222 ihren zahlreichen Behörden vielen Bürgern auch als fernes
223 Gebilde, das wenig mit ihrer persönlichen
224 Lebenswirklichkeit zu tun hat. Wir wollen daher mit unserer
225 Politik das Vertrauen der Bürger in die Europäische Union
226 wieder stärken. Wir wollen ein Europa, das den Bürgern
227 dient.

228 **8.**

229 **1.4 Gutes Regieren in Europa – Entscheidungsvorgänge**
230 **verbessern**

231 Unser Leitbild ist ein bürgernahes und lebendiges Europa,
232 das die Lebensqualität in den Regionen sichert und die
233 unterschiedlichen Lebensarten achtet. Für uns gilt: Nicht
234 jede Aufgabe in Europa ist auch eine Aufgabe für Europa.
235 Europa darf sich nicht verzetteln, sondern muss sich auf
236 die Aufgaben konzentrieren, die nur gesamteuropäisch
237 bewältigt werden können. Wir haben erfolgreich die
238 Regulierung von Ölkännchen in Restaurants oder
239 Sonnenschirmen in Biergärten verhindert und werden uns
240 auch gegen die Überregulierung von Duschköpfen
241 einsetzen. Wir wollen, dass die Europäische Union tätig
242 wird, wenn sie wirksamer handeln kann als die
243 Mitgliedstaaten mit ihren Regionen und Kommunen. Mehr
244 Europa muss aber nicht heißen, dass der höchste Standard
245 zum Maßstab für alle wird. Die einzelnen Mitgliedstaaten
246 dürfen nicht überfordert werden.

247 Unser Grundgesetz verwehrt den direkten Durchgriff des
248 Bundes auf die Kommunen. Dies muss auch für die EU
249 gelten. Der EU-Vertrag selbst sieht die ausdrückliche
250 Anerkennung kommunaler und regionaler Selbstverwaltung

(Europa der Regionen) vor. Er hat den nationalen Parlamenten darüber hinaus die Möglichkeit gegeben, Verstöße gegen das Subsidiaritätsprinzip zu rügen. Deshalb müssen die nationalen Parlamente eng kooperieren, um sich in den notwendigen Fällen auf eine gemeinsame Position zu einigen. Wir brauchen eine wirksame Regulierungsbremse: Wenn nationale Parlamente eine Verletzung des Subsidiaritätsprinzips feststellen, sollten das Europäische Parlament oder die nationalen Regierungen über den Ministerrat ihr Recht wahrnehmen, das Gesetzgebungsverfahren zu beenden.

Die Entscheidungsvorgänge der Europäischen Union müssen gestrafft und nachvollziehbarer werden. Wir wollen daher die EU-Gesetzgebung vereinfachen und eine unabhängige Gesetzesfolgeabschätzung einführen sowie die Zuständigkeiten zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten – wenn nötig – neu ordnen. Zur Stärkung einer bürgernahen und demokratisch verfassten Politischen Union muss auch eine Rückführung von Zuständigkeiten auf die nationale Ebene möglich sein.

9.

Die neue Europäische Kommission muss sich bei ihren Gesetzgebungsvorschlägen auf die wirklich notwendigen Aufgaben konzentrieren. Auch das Europäische Parlament und der Ministerrat müssen als Gesetzgeber diesem Ziel folgen. Das Europäische Parlament und der Europäische Rat sollten den Kommissionspräsidenten vor seiner Wahl auf dieses Ziel verpflichten. Wir fordern zudem, dass die neue Europäische Kommission eine begrenzte Zahl von Vizepräsidenten erhält. Bei ihnen sollen die einzelnen Fachzuständigkeiten gebündelt und ihnen die übrigen EU-Kommissare fachlich unterstellt werden. Die Kommission

braucht ein effizientes Kollegium mit klaren
Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten. Langfristig
wollen wir zu einer Direktwahl des
Kommissionspräsidenten kommen.

10.

Die Entscheidung über die Übertragung von
Zuständigkeiten von der nationalen Ebene auf die
europäische Ebene muss bei den EU-Mitgliedstaaten
verbleiben. Die CDU will auch schwer zu durchschauende
und schwer zu handhabende Regelungen vermeiden.
Deshalb ziehen wir, im Falle europäischer
Regelungsnotwendigkeit im Sinne der
Gemeinschaftsmethode EU-Recht zwischenstaatlichen
Vereinbarungen vor, die als Übergangslösung manchmal
notwendig sind.

11.

Europapolitische Entscheidungen greifen oft tief in die
Lebensgestaltung der Bürger ein. Für die Akzeptanz
Europas ist es daher wichtig, die demokratische
Legitimation zu stärken und Entscheidungen
nachvollziehbarer zu gestalten. Unser Ziel ist außerdem,
das Europäische Parlament zu stärken, indem es langfristig
ein eigenes Initiativrecht erhält: Nicht nur die Kommission,
sondern auch die von den Bürgern Europas gewählten
Abgeordneten sollen eigene Gesetzesvorschläge
einbringen können.

Die EU-Verträge müssen auch die wachsende europäische
Zusammenarbeit widerspiegeln. Die notwendige Vertiefung
der wirtschaftspolitischen Abstimmung in der Eurozone
und der Aufbau einer Bankenunion sind Beispiele für eine

engere Zusammenarbeit, die Anpassungen der Verträge
erfordern werden.

12.

2. Europas Wohlstand sichern – stabiler Euro, nachhaltige Wachstumschancen eröffnen, Beschäftigung schaffen

Wir wollen, dass Europa auch künftig im globalen
Wettbewerb eine führende Rolle spielt. Nur so ist vieles,
was wir als Freiheiten, Sicherheiten und Wohlstand im
Alltag genießen, auch in Zukunft möglich. Heute leisten die
Bürger in der Europäischen Union Beträchtliches für
Wohlstand und soziale Sicherheit: Obwohl nur sieben
Prozent der Weltbevölkerung in der Europäischen Union
leben, produzieren wir Europäer 25 Prozent des weltweiten
Bruttoinlandsprodukts und haben 50 Prozent aller
Sozialleistungen auf der Welt. Gleichzeitig finden heute
90 Prozent des weltweiten Wachstums außerhalb Europas
statt. Diese Zahlen spiegeln die Herausforderung wider, vor
der wir Europäer in der Zukunft gemeinsam stehen. Wir
müssen die Weichen so stellen, dass wir unseren heutigen
Lebensstandard auch künftig erwirtschaften und langfristig
durch solide Finanzen, Zukunftsinvestitionen und
Wachstum sichern können. Damit legen wir auch die beste
Grundlage für die Schaffung von Arbeitsplätzen und zur
Überwindung der Jugendarbeitslosigkeit.

13.

Die letzte Europawahl fand 2009 statt. Damals hatte die
internationale Finanz- und Wirtschaftskrise Deutschland
und Europa stark getroffen. Deutschland erlebte den
stärksten Wirtschaftseinbruch seit dem Zweiten Weltkrieg.
Unser Land hat diese Krise eindrucksvoll überwunden.
Unsere Wirtschaftskraft ist seit 2009 um fast 10 Prozent
gewachsen und noch nie hatten so viele Menschen in

unserem Land eine Beschäftigung. Wir haben die
Schuldenbremse im Grundgesetz verankert und seit Jahren
die Neuverschuldung zurückgefahren. Der Bundeshaushalt
für 2015 soll ganz ohne neue Schulden auskommen. Das ist
ein Erfolg, den seit 40 Jahren keine Bundesregierung mehr
erzielt hat. Damit halten wir nicht nur unsere nationale
Schuldenbremse vorzeitig ein, sondern sind auch Vorbild
für andere Länder.

Auch Europa hat in dieser Zeit schwierige Jahre
durchgemacht. Die aus der Verschuldungskrise folgende
tiefe Vertrauenskrise war ein Weckruf zur rechten Zeit. Die
Krise hat seit 2010 in einigen Staaten der Eurozone
offengelegt, dass wirtschaftliche Stärke auf Pump nicht
nachhaltig ist. Heute sind wir in Europa auf dem Weg zu
Stabilität und Wachstum ein gutes Stück vorangekommen.
Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern haben wir
große Anstrengungen unternommen und konnten so
insbesondere die Eurozone stabilisieren. Wir haben das
Fundament des Euro gefestigt, Schwachstellen bei der
Einführung des Euro überwunden, den Stabilitäts- und
Wachstumspakt gestärkt sowie um den Fiskalpakt ergänzt.

14.

Der dauerhafte Europäische Rettungsschirm ESM
funktioniert. Das Konzept „Hilfe zur Selbsthilfe“ wirkt –
Unterstützung und Hilfe sowie Strukturreformen in den
betroffenen Staaten und Konsolidierung der Finanzen sind
zwei Seiten ein und derselben Medaille. Dadurch gibt es
bereits spürbare Erfolge: Mit Irland und Spanien können
zwei Länder die Früchte ihres Reformkurses ernten und die
europäischen Hilfsprogramme verlassen. Auch in Portugal,
Zypern und Griechenland gibt es erkennbare
Verbesserungen.

Auch bei der Entwicklung eines stabilen und verantwortungsvollen Finanzsystems sehen wir große Fortschritte. Wir haben die europäische Bankenunion auf den Weg gebracht und auf den Finanzmärkten zahlreiche Tätigkeitsfelder und Produkte neu oder schärfer reguliert. So werden beispielsweise Rating-Agenturen schärfer überwacht, der Derivate-Handel ist transparenter geworden und Banken müssen mehr Eigenkapital vorhalten, mit dem sie selbst haften. Zudem gibt es nun auch striktere Grenzen für die Vergütung ihrer Manager. Damit wollen wir Gehaltsexzessen, die an den kurzfristigen Erfolg der Bank anknüpfen, künftig einen Riegel vorschieben. Es ist grundlegend falsch und entspricht nicht unserem Bild der Sozialen Marktwirtschaft, wenn angestellte Manager – in der Finanzindustrie oder außerhalb – mit waghalsigen Geschäften extrem hohe Einkommen erzielen können, ohne im Gegenzug für Verluste aus diesen Geschäften haften zu müssen.

15.

Weil wir entschlossen und umsichtig gehandelt haben, ist der Euro weiterhin eine weltweit geschätzte Währung. Er ist heute neben dem US-Dollar die wichtigste Währung weltweit. Unsere gemeinsame Währung ist auch für die neueren EU-Mitgliedstaaten nach wie vor attraktiv – Lettland ist zum 1. Januar 2014 als 18. Mitglied der Eurozone beigetreten.

Damit das so bleibt, brauchen wir auch in Zukunft solide Staatshaushalte. Dafür ist jeder EU-Mitgliedstaat selbst verantwortlich. Einer Schuldenvergemeinschaftung treten wir entschieden entgegen. Die nationalen Entscheidungskompetenzen und Haftung gehören

zusammen. Nationale Entscheidungen über die Haushalte und länderübergreifende, gemeinsame Haftung für die Folgen dieser Entscheidungen sind unvereinbar. Eurobonds und Schuldentilgungsfonds lehnen wir deshalb ab.

16.

2.1 Soziale Marktwirtschaft, Binnenmarkt und freier Handel –

Grundlagen für ein wettbewerbsfähiges Europa

Unser Leitbild für Deutschland und Europa ist die Soziale Marktwirtschaft. Sie ermöglicht Wohlstand und soziale Sicherheit. Denn sie baut auf zwei Säulen auf: Auf tüchtige, verantwortungsvolle Bürger und auf einem verlässlichen, handlungsfähigen Staat. Soziale Marktwirtschaft bevormundet die Bürger nicht, sondern traut ihnen etwas zu. So verbindet Soziale Marktwirtschaft in einzigartiger Weise die Vorteile einer Marktwirtschaft mit der Verpflichtung zur sozialen Gerechtigkeit und ökologischen Verantwortung. Sie führt Leistung, Verantwortung und Solidarität zusammen. Sie ist daher die beste Wirtschaftsordnung für freie Menschen in einer solidarischen Gesellschaft.

17.

Europäischer Binnenmarkt – eingebunden in den weltweiten Freihandel

Mit wettbewerbsfähigen Produkten und Dienstleistungen kann Europa auch in Zukunft weltweit erfolgreich sein. Dafür brauchen wir fairen Wettbewerb, nicht die Abschottung von Märkten und Branchen.

Der Europäische Binnenmarkt ist so erfolgreich, weil er europaweit einheitliche Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen geschaffen hat: Aus 150 000

unterschiedlichen nationalen Industrienormen und technischen Standards entstanden durch den Europäischen Binnenmarkt rund 19 000 verlässliche EU-Normen – eine bedeutende Erleichterung für den exportorientierten Mittelstand. Aus einer Vielzahl unterschiedlicher nationaler Patente wurde ein europäischer Patentschutz. Aus unübersichtlichen nationalen Überweisungs- und Gebührensystemen wurde ein einheitlicher europäischer Zahlungsraum. Aus ehemaligen Staatsmonopolen entstanden durch Liberalisierungen bei Energie, Postdiensten und Bahn unzählige neue Unternehmen, die tausende wettbewerbsfähige Arbeitsplätze geschaffen haben.

18.

Transatlantische Handels-und Investitionspartnerschaft und Internationaler Freihandel

Die CDU will Handelsbeschränkungen weltweit abbauen und den internationalen Freihandel stärken. So begrüßen wir die Ende 2013 erzielten Fortschritte bei der sogenannten „Doha-Runde“. Wir wollen deren Fortführung, damit eine weitere Öffnung der Märkte und eine stärkere Einbeziehung der Entwicklungsländer in den Welthandel erreicht wird.

Wir wollen die Erfolgsgeschichte des EU-Binnenmarktes um eine Transatlantische Handels-und Investitionspartnerschaft (TTIP) mit den USA erweitern. Eine nordatlantische Freihandelszone schafft den weltweit größten Wirtschaftsraum. Damit sorgt sie für Wachstum und Beschäftigung auf beiden Seiten des Atlantiks. Bewährte Verbraucher-, Daten- und Umweltschutzniveaus der EU müssen dafür Grundlage sein. Wir sehen es

ebenfalls als unsere Aufgabe an, die kulturelle Vielfalt zu schützen.

19.

2.2 Stabiler Euro und solide Haushalte – starkes Europa

Die Eurozone ist für unsere Wirtschaft und unsere Arbeitsplätze von zentraler Bedeutung. Knapp 40 Prozent der deutschen Ausfuhren gehen in die Länder der Eurozone. Auch der Euro selbst ist eine weltweit nachgefragte Währung: Zwei Drittel aller deutschen Exporte in Länder außerhalb der EU werden in Euro bezahlt. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen bedeutet das eine enorme Erleichterung bei internationalen Geschäften. Sie müssen sich Dank des Euro nicht mehr mit einer unübersichtlichen Anzahl von Wechsel- und Umrechnungskursen beschäftigen und keine komplizierten Geschäfte zur Absicherung der Währung betreiben. Unsere Unternehmen können sich damit auf das Wesentliche konzentrieren: hervorragende Produkte herzustellen, die weltweit gefragt sind. Dadurch schaffen sie sichere Arbeitsplätze und tragen entscheidend zum Wohlstand unseres Landes bei.

Europa braucht eine stabile Währung

Der Euro stärkt die Wirtschaft und macht Deutschland international wettbewerbsfähiger. Beides sind zentrale Voraussetzungen für Millionen gut bezahlter Arbeitsplätze und unseren Wohlstand insgesamt. Der Euro schafft aber auch politische Stabilität, indem er Europa zur Geschlossenheit nach innen und zu gemeinsamen Positionen nach außen bringt. Der Euro ist deshalb mehr als eine Währung. Er ist ein großes Gemeinschaftsprojekt und für eine gute Zukunft Europas unverzichtbar.

Eine Politik, die sich vom Euro abwendet und eine Rückkehr zu nationalen Währungen oder neue Experimente fordert, ist nicht nur rückwärtsgewandt, sondern ökonomisch und politisch völlig unverantwortlich: Sie gefährdet unseren wirtschaftlichen Wohlstand und das friedliche Zusammenleben der Völker in Europa. Deshalb arbeiten wir auch in Zukunft für einen starken Euro und stabile Preise.

20.

Für eine stabile Währung ist die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank unverzichtbar. Sie hat dafür gesorgt, dass auch in der Krise ein hohes Maß an Preisstabilität und Kaufkraft herrschte. Die Preise sind in Deutschland seit Einführung des Euro stabiler als zu Zeiten der Deutschen Mark. Auch der Wert des Euro gegenüber dem US-Dollar ist in den vergangenen 13 Jahren deutlich gestiegen. Damit der Euro starkbleibt, treten wir für den weiteren Abbau der Neuverschuldung, ausgeglichene Haushalte in allen EU-Mitgliedstaaten sowie die strikte Einhaltung nationaler Schuldenbremsen ein. Wir wollen, dass alle Staaten, die den Euro eingeführt haben, diesen auch gemeinsam verteidigen. Denn eine gemeinsame Währung ist ein unverzichtbares Instrument im internationalen Handel und in der weltweiten Währungspolitik.

21.

Solidarität für Solidität

Wir bekennen uns zur Solidarität mit unseren europäischen Partnern. Deshalb unterstützen wir Euroländer, die aus eigener Kraft nicht aus der Krise kommen. Wir wollen, dass sie schnell wieder auf eigenen Füßen stehen können. Dabei handeln wir nach dem Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“:

533 Jedes Land ist zunächst selbst gefragt, bevor es
534 Unterstützung aus dem Rettungsschirm erhalten kann.
535 Voraussetzung ist zudem, dass das Land langfristig seine
536 Schulden allein tragen kann.

537 Solidarische Hilfe kann aber nur dann nützen, wenn die
538 Krisenländer konsequent an der Beseitigung der Ursachen
539 arbeiten. Deshalb dürfen Hilfen nur im Gegenzug zu strikten
540 Auflagen gewährt werden. Dazu gehört die Pflicht,
541 Schuldenberge abzubauen und die eigene
542 Wettbewerbsfähigkeit durch Reformen und
543 Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und
544 Technologie zu steigern. Die Troika aus Europäischer
545 Zentralbank, Europäischer Kommission und
546 Internationalem Währungsfonds unterstützt und überwacht
547 die Länder bei ihren Reformanstrengungen. Ihre Arbeit ist
548 unverzichtbar.

549 Die Krise ist für die betroffenen Länder eine Chance,
550 überfällige wirtschafts- und sozialpolitische Reformen
551 anzugehen. Die finanz- und wirtschaftspolitischen Auflagen
552 sind notwendig, um die Krisenländer auf einen
553 nachhaltigen Wachstumspfad zu bringen. Nur so helfen wir
554 den betroffenen Ländern, dauerhaft echtes Wachstum und
555 damit auch Wohlstand für ihre Bürger zu erreichen. Die
556 Erfolgsbeispiele Irland und Spanien zeigen, dass der von
557 uns eingeschlagene Weg der richtige Weg aus der Krise ist.
558 Auch einige mittel- und osteuropäische Staaten haben in
559 den letzten Jahren bewiesen, dass eine konsequente
560 Reformpolitik auf einen stabilen Wachstumspfad führen
561 kann.

22.

Reformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit

Viele Menschen in den Krisenstaaten müssen noch erhebliche Opfer für die fehlerhafte Politik früherer Jahre in ihren Ländern erbringen. Besonders bedrückend ist die hohe Arbeitslosigkeit von jungen Menschen in Europa. Betroffen sind häufig nicht diejenigen, die zuvor von der auf Pump finanzierten Scheinblüte profitiert haben. Umso mehr ist Europa diesen Menschen verpflichtet, jetzt kraftvoll zu handeln. Die wirtschafts- und finanzpolitischen Fehlentwicklungen der Vorkrisenjahre müssen grundlegend beseitigt werden. Das erfordert nicht nur Reformen in den Krisenstaaten, sondern auch an der EU und der Eurozone selbst.

23.

Bessere Koordinierung der Wirtschaftspolitik

Wir wollen deshalb, dass die in den letzten Jahren beschlossenen Reformen im Zuge des Stabilitäts- und Wachstumspaktes konsequent umgesetzt werden. Wir brauchen zudem eine stärkere Abstimmung in der Wirtschaftspolitik der Euroländer, um eine dauerhaft krisenfeste Wirtschafts- und Währungsunion zu schaffen. Dazu müssen wir die Unterschiede in der Wirtschaftskraft der Länder der Währungsunion abbauen, indem wir die notwendigen Reformen in allen Euroländern durchführen und unter allen Euroländern künftig früher und besser abstimmen. Soweit es hier um nationale Zuständigkeiten geht, wollen wir dies mit verbindlichen vertraglichen Vereinbarungen zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission erreichen. Die EU-Staaten sollen sich im Rahmen des Europäischen Semesters mit der Europäischen Kommission auf konkrete Maßnahmen verständigen, um ihre Situation zu verbessern. Dabei ist es

595 unser Ziel, die Schwachen zu stärken und die Leistung der
596 Besten zum Maßstab für alle zu machen. Wir wenden uns
597 energisch gegen eine Bestrafung derer, die heute schon
598 erfolgreich sind.

599 Wir wollen, dass die Euroländer künftig in allen Bereichen
600 der Wirtschaftspolitik besser zusammenarbeiten. Dafür
601 müssen wir langfristig die EU-Verträge anpassen. Auch die
602 parlamentarischen Beratungsmöglichkeiten innerhalb des
603 Europäischen Parlamentes müssen dafür gestärkt werden.
604 Nur so können wir Verfahren und Institutionen auch
605 demokratisch verankern. Bei allen Maßnahmen für eine
606 engere Zusammenarbeit der Euroländer werden wir die
607 Einheit der EU erhalten. Wir wollen weiterhin den
608 gemeinsamen EU-Binnenmarkt von Euroländern und Nicht-
609 Euroländern. Klar ist außerdem: Die Tür zur Eurozone ist
610 auch in Zukunft für alle EU-Mitgliedstaaten offen, die die
611 notwendigen Kriterien erfüllen.

612 **24.**

613 *Keine Schuldenunion, keine Transferunion*

614 Nationale Verantwortung für den Haushalt und
615 länderübergreifende, gemeinsame Haftung sind
616 unvereinbar. Solange jeder Staat im Rahmen seiner
617 Haushaltspolitik eigenverantwortlich über Einnahmen und
618 Ausgaben entscheidet, ist eine Haftungsgemeinschaft für
619 Staatsschulden unverantwortlich. Eine systematische
620 Vergemeinschaftung der Schulden wird es mit der CDU
621 nicht geben. Eurobonds oder Schuldentilgungsfonds, wie
622 sie andere fordern, lehnen wir deshalb ab. Eine
623 gemeinsame Haftung aller Euroländer für die
624 Staatsschulden ohne Entscheidungszuständigkeit würde
625 jeden Anreiz zu Reformen nehmen. In einer Schuldenunion
626 gleichen sich am Ende alle dem Schwächsten an. Für uns

aber muss der Stärkste der Maßstab sein. Gemeinsame Haftung setzt gemeinsame Haushalts- und Finanzpolitik voraus. Davon sind wir noch weit entfernt.

25.

Haushaltsregeln strikt einhalten

Die hohen Staatsschulden der Euroländer müssen weiter zurückgeführt werden. Das ist eine der Lehren aus den letzten Jahren. In einer gemeinsamen Währung kann nicht jeder so viele Schulden machen wie er will, wenn nicht die Gemeinschaft als Ganzes in Gefahr geraten soll. Deshalb ist es notwendig, dass wir künftig die Haushalte und die Schuldenentwicklung in den einzelnen Euroländern besser überwachen. Denn nur mit soliden Haushalten schaffen wir nachhaltiges Wachstum in allen Mitgliedstaaten der Währungsunion.

Die neuen Regeln, die wir mit dem gestärkten Stabilitäts- und Wachstumspakt und dem Europäischen Fiskalvertrag geschaffen haben, müssen wir konsequent durchsetzen. Wer gegen die vereinbarten Grenzwerte des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verstößt, muss mit Sanktionen rechnen. Die Möglichkeiten der Europäischen Kommission zur Kontrolle der nationalen Haushalte wollen wir weiter stärken. Die Kommission muss Haushalte, die nicht den EU-Schuldenkriterien entsprechen, zurückweisen können.

26.

Sparsame Haushaltsführung – Vorfahrt für Investitionen in die Zukunft

Wir wollen, dass die EU sparsam mit dem Geld der Steuerzahler umgeht und es nur für die Aufgaben ausgibt, die Europa voranbringen. Bei der Überprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens im Jahr 2016 muss deshalb

der Schwerpunkt des EU-Haushaltes noch stärker auf Wachstum, Beschäftigung und Innovation gesetzt werden. Automatisch steigende Ausgaben darf es auch auf europäischer Ebene nicht geben.

Solide Finanzen sind eine Seite des wirtschaftlichen Erfolgs. Die andere Seite sind sinnvolle Investitionen in die Zukunft. Die CDU setzt sich deshalb nachdrücklich dafür ein, dass der im Jahr 2012 geschlossene Pakt für Wachstum und Beschäftigung umgesetzt wird. Zusammen mit dem Fiskalpakt ist er zentraler Bestandteil unserer Politik für nachhaltiges Wachstum.

Wir wollen zudem dafür sorgen, dass die Fördermittel der Europäischen Union stärker auf Projekte ausgerichtet werden, die die Wettbewerbsfähigkeit steigern und Arbeitsplätze schaffen. Das gilt ganz besonders für Maßnahmen gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen europäischen Krisenländern.

27.

Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuervermeidung

Jeder Steuerpflichtige muss seinen Anteil am Steueraufkommen tragen. Wer Steuern hinterzieht oder Steuerzahlungen auf unfaire Weise vermeidet, betrügt nicht nur den Staat, sondern die Gesellschaft als Ganze. Deshalb haben wir in Deutschland die Gesetze gegen Steuerhinterziehung massiv verschärft und mit zahlreichen internationalen Abkommen dafür gesorgt, dass Steueroasen durch eine bessere internationale Zusammenarbeit trockengelegt werden können.

Wir werden den Kampf gegen Steuerbetrug und aggressive Steuervermeidungsstrategien auch weiterhin entschlossen

führen. In einer Welt der offenen Grenzen brauchen wir dafür eine stärkere Zusammenarbeit in Europa. Damit sich nicht einzelne Bürger zulasten der Gemeinschaft der ehrlichen Steuerzahler ihrer Steuerpflicht in einem Staat entziehen können, wollen wir den automatisierten steuerlichen Informationsaustausch ohne Wenn und Aber zwischen allen europäischen Staaten und darüber hinaus international etablieren.

28.

Bei unseren europäischen Partnern werden wir uns dafür einsetzen, gemeinsam Gestaltungsmöglichkeiten im Steuerrecht zu reduzieren. Wir wollen vor allem unterbinden, dass sich internationale Unternehmen Steuervorteile verschaffen, indem sie die europaweite Niederlassungsfreiheit und die unterschiedliche Besteuerung in Europa geschickt ausnutzen.

Zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs treten wir auf europäischer Ebene weiterhin für eine konsequente Nutzung des sogenannten Reverse-Charge-Verfahrens ein. Bei diesem Verfahren geht die Steuerschuld bei der Umsatzsteuer unter bestimmten Voraussetzungen vom Leistungserbringer auf den Kunden über.

Europäische Regelungen zur Verbesserung und Vereinfachung des Steuerrechts werden wir vorantreiben, insbesondere durch eine europaweite Gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage.

29.

Effiziente Strafverfolgung bei grenzüberschreitenden Finanzdelikten

Die Europäische Kommission hat vorgeschlagen, eine Europäische Staatsanwaltschaft (EStA) zu schaffen. Diese soll in der EU „Straftaten gegen die finanziellen Interessen der EU“ verfolgen. Wir stehen diesem Vorschlag aufgeschlossen gegenüber. Es ist gerade auch im Interesse der deutschen Steuerzahler, beim Umgang mit EU-Mitteln in manchen anderen Mitgliedstaaten in Zukunft besser hinschauen zu können. Voraussetzung ist dabei für uns: Nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und dem Subsidiaritätsprinzip muss die nationalstaatliche Strafverfolgung weiterhin die Regel bleiben. Wir werden deshalb genau darauf achten, dass die Zuständigkeit klar und rechtssicher definiert ist und keine Doppelstrukturen entstehen. Zudem muss gewährleistet sein, dass es weder zu Lücken bei der Strafverfolgung noch zu Doppelverfahren kommt.

30.

2.3 Finanzmarktregulierung – streng und wirksam

Soziale Marktwirtschaft bedeutet: Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen. Das wollen wir auch für die Finanzmärkte durchsetzen. Für uns gilt erstens: Der Zusammenhang zwischen Entscheidung und Haftung muss gerade im Finanzmarkt gelten. Wer die Freiheit will, mit riskanten Geschäften hohe Gewinne zu erzielen, muss auch dafür einstehen, wenn es schief geht. Zweitens sagen wir: Wir wollen Regeln für jedes Produkt und jeden Akteur auf jedem Finanzmarkt. Beim Aufbau dieser Regeln sind wir gut vorangekommen. Deutschland ist dabei nicht nur Vorreiter in der nationalen Umsetzung, sondern auch in Europa treibende Kraft.

Wir haben uns erfolgreich für einheitliche europäische Mindeststandards in der nationalen Einlagensicherung eingesetzt. Unser bewährtes deutsches System, das über die europäischen Mindestanforderungen hinausgeht, wollen wir erhalten. Europa als Ganzes nützt es, wenn oberhalb der Mindeststandards ein funktionierender Wettbewerb um die beste Lösung im Sinne der Sparer stattfindet. Wir wollen außerdem nicht, dass deutsche Sparer für die Einlagen in anderen Ländern haften.

31.

Unser Ziel sind strenge Regeln für die Finanzmärkte, auf die sich Sparer und Investoren verlassen können. Dabei kommt es nicht darauf an, dass es besonders viele Regeln gibt. Wichtig ist, dass die Regeln wirksam sind. Deshalb werden wir insbesondere bei neuen Regulierungen darauf achten, ob diese notwendig und zielführend sind. Wir wollen zudem, dass die EZB und die europäische Bankenaufsicht die verschiedenen Regulierungsmaßnahmen auf Praktikabilität und Zielgenauigkeit überprüfen.

Wir wollen am bewährten Universalbankensystem festhalten und in Europa gemeinsam verhindern, dass sich Finanzmarktakteure durch Verlagerung in den Schattenbankensektor ihrer Verantwortung entziehen. Wir wollen nicht, dass Zweckgesellschaften, Geldmarktfonds oder Hedgefonds klassische Bankgeschäfte außerhalb des regulierten Bankensektors abwickeln. Sonst entstehen neue Risiken, die mit allen bisherigen und künftigen Regulierungsmaßnahmen gerade vermieden werden sollen.

Wir setzen uns auch künftig dafür ein, dass bei europäischen Finanzmarktregeln nationale Besonderheiten

berücksichtigt werden. Dazu zählt etwa unser bewährtes
Drei-Säulen-System aus Privatbanken,
Genossenschaftsbanken und Sparkassen.

32.

Finanztransaktionssteuer einführen

Unser Ziel ist, europa- und weltweit eine
Finanztransaktionssteuer durchzusetzen. Dazu haben wir
zusammen mit zehn anderen Ländern in Europa verabredet,
möglichst schnell eine entsprechende Steuer einzuführen.
Finanzgeschäfte sollen – so wie andere Dienstleistungen
auch – einer wirksamen Besteuerung unterliegen. Bei der
Ausgestaltung der Steuer wollen wir vermeiden, dass
Anleger an andere Finanzplätze ausweichen. Dabei gilt es,
die Auswirkungen der Steuer auf Instrumente der
Altersversorgung, auf die Kleinanleger sowie die
Realwirtschaft zu bewerten und negative Folgen zu
vermeiden. Bei der Umsetzung werden wir zudem darauf
achten, dass Wettbewerbsverzerrungen vermieden und die
Interessen des Finanzplatzes Deutschlands gewahrt
bleiben. Nur als ein starker und wettbewerbsfähiger
Finanzplatz kann Deutschland auch weiterhin aktiv die
Regulierung der internationalen Finanzmärkte mitgestalten.

33.

Europäische Bankenunion

Das Herzstück der europäischen Finanzmarktregulierung
ist die Errichtung der Bankenunion. Wir haben gesehen, wie
Staaten mit der Bewältigung von Bankenkrisen so
überfordert waren, dass sie am Ende selbst in
Schwierigkeiten geraten sind. Diesen Teufelskreis aus
Schieflagen von Staaten und Banken wollen wir
durchbrechen. Dabei handeln wir auch im Interesse der

808 Steuerzahler, damit sie nicht mehr für die Rettung von
809 Banken herangezogen werden.

810 Nach Vollendung der Bankenunion wird es in Europa
811 einheitliche Regeln für große Banken geben, bis hin zu
812 deren Abwicklung im Krisenfall. Für die Überwachung und
813 Durchsetzung der Regeln schaffen wir gemeinsame
814 europäische Institutionen.

815 Bei der Europäischen Zentralbank werden wir für die
816 großen, systemrelevanten Banken eine zentrale
817 europäische Aufsicht errichten. Für die übrigen
818 Geldinstitute, nicht zuletzt die regionalen Sparkassen und
819 Genossenschaftsbanken, bleibt es bei der bisherigen
820 bewährten Bankenaufsicht. Die europäische Aufsicht wird
821 die Einhaltung der neuen Regeln in der Eurozone
822 sicherstellen – und zwar unabhängig von nationalen
823 Befindlichkeiten. Hinzu kommt ein einheitlicher
824 europäischer Abwicklungsmechanismus. Seine Aufgabe
825 wird es sein, in Schieflage geratene Banken so zu
826 schließen, dass es keine Ansteckungsgefahr für das
827 Finanzsystem als Ganzes gibt und der Steuerzahler dabei
828 verschont bleibt. Zuerst müssen Manager, Bankeigentümer
829 und große Anleger in angemessenem Umfang
830 herangezogen werden. Reicht das nicht aus, springt ein
831 Abwicklungsfonds ein, in den die Banken zuvor selbst
832 eingezahlt haben.

833 **34.**

834 **2.4 Mittelstand und Industrie – für Beschäftigung und**
835 **Wohlstand**

836 Starke Unternehmen in Mittelstand und Industrie, die sich
837 im internationalen Wettbewerb behaupten können, sorgen
838 für gute Arbeitsplätze und Wohlstand. Wenn aus Ideen neue
839 Produkte und Arbeitsplätze entstehen sollen, brauchen wir
840 tüchtige und gut ausgebildete Arbeitnehmer. Und genauso
841 brauchen wir Menschen, die bereit sind, unternehmerische
842 Verantwortung und persönliche Risiken zu übernehmen.
843 Wir wollen sie dabei unterstützen, aus ihren Geschäftsideen
844 Unternehmen zu entwickeln und Arbeitsplätze zu schaffen.

845 *Wirtschaftsstandort Europa stärken*

846 Wir unterstützen das Ziel der EU-Kommission, dass bis
847 2020 wieder 20 Prozent der europäischen
848 Wirtschaftsleistung im verarbeitenden Gewerbe
849 erwirtschaftet werden. Unsere ausgewogene
850 Wirtschaftsstruktur in Deutschland hat uns während der
851 weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise Kraft
852 gegeben. Mit unserem starken Mittelstand und unserer
853 leistungsfähigen Industrie haben wir in Deutschland die
854 Krise schneller und besser überwunden als andere Länder.
855 Wir wollen Europa als wettbewerbsfähigen Standort von
856 Industrie und Mittelstand stärken und damit auch zukünftig
857 Wohlstand in Europa ermöglichen. Wir unterstützen das
858 Vorhaben der EU-Kommission, sämtliche
859 Gesetzesvorhaben einem Wettbewerbscheck zu
860 unterziehen.

861 *Sichere Unternehmensfinanzierung*

862 Wer ein Unternehmen gründen und aufbauen will, braucht
863 eine leicht zugängliche und sichere Finanzierung. In diesem
864 Sinne sind vor allem die nach wie vor hohen Kreditkosten

für unternehmerische Investitionen in den Krisenländern kritisch. Wir begrüßen, dass die Europäische Investitionsbank ein Bürgschaftsprogramm speziell zur Absicherung von Krediten für kleine und mittlere Unternehmen durch die Europäische Investitionsbank eingeführt hat. Wir setzen uns dafür ein, das Engagement noch zu verstärken.

35.

Weniger Bürokratie

Der Abbau von Bürokratie ist ein kostenloses Wachstumsprogramm. Unternehmen sollen ihr Geld für neue Ideen und Arbeitsplätze ausgeben und nicht für Bürokratie. Dank des von uns eingerichteten Normenkontrollrates haben sich die Bürokratiekosten der Wirtschaft in Deutschland um 25 Prozent reduziert. So wurden rund 500 000 Unternehmen von Bilanzierungs- und Buchführungspflichten sowie der Pflicht zur Stichtagsinventur befreit. 40 000 Handwerksbetriebe müssen seit 2008 keine Befragungen zur Konjunktur mehr beantworten und für die Industrie hat sich die Zahl der monatlichen Befragungen von 48 000 auf 23 000 mehr als halbiert.

Wir wollen auch auf europäischer Ebene einen Mentalitätswandel. Bei allen europäischen Maßnahmen sollen die damit verbundenen Kosten und der Bürokratieaufwand berücksichtigt und transparenter werden. Denn: Industrie, kleine und mittlere Unternehmen, landwirtschaftliche Betriebe, die Freien Berufe und das Handwerk müssen auch auf europäischer Ebene von unnötigen Vorschriften entlastet werden. Die Europäische Union soll sich dabei in erster Linie selbst begrenzen und unnötige Regelungen vermeiden. Die Stoiber-Kommission

hat mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag zum Bürokratieabbau geleistet. Sie hat vor allem ein deutliches Problembewusstsein geschaffen und damit die zentrale Voraussetzung für das REFIT-Programm der EU-Kommission für intelligente Regulierung. Wir brauchen darüber hinaus ein Frühwarnsystem auf europäischer Ebene, insbesondere für Maßnahmen, die den Mittelstand betreffen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass in allen künftigen EU-Gesetzgebungen geprüft wird, ob kleine und mittlere Unternehmen von bestimmten Regelungen ausgenommen werden können. Wir wollen deshalb einen unabhängigen EU-Normenkontrollrat schaffen.

Das unterschiedliche Gesellschaftsrecht in den EU-Staaten ist gerade für kleine und mittlere Unternehmen, die auf dem Europäischen Binnenmarkt über nationale Grenzen hinweg aktiv sind, eine erhebliche bürokratische Herausforderung. Deshalb setzen wir uns für die Schaffung einer Europäischen Privatgesellschaft („Europa-GmbH“) ein, für die europaweit einheitliche Regeln gelten.

36.

Ausgewogene Beihilfe-Regeln

Gleichzeitig müssen in Europa die politischen Rahmenbedingungen so gesetzt sein, dass unsere Industrie im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig ist. Wir wollen noch stärker gegen unfairen Wettbewerb vorgehen und Subventionen abbauen, die Wettbewerb verzerren. Es darf nicht sein, dass wir in Europa Industriezweige verlieren, weil Konkurrenten auf anderen Kontinenten durch Subventionen oder Marktabschottung vor Wettbewerb geschützt werden. Gleichzeitig müssen die europäischen Beihilfe-Regeln den globalen Wettbewerb berücksichtigen. So müssen Ausnahmeregelungen bei den Strompreisen für

energieintensive Unternehmen in Deutschland, die im internationalen Wettbewerb stehen, weiterhin möglich bleiben. Dabei müssen auch innereuropäische Unterschiede in der Energiepolitik berücksichtigt werden. Zudem brauchen wir Spielräume, um der Situation von Schlüsselindustrien im internationalen Wettbewerb Rechnung zu tragen. Dazu zählen die Mikroelektronik, die Luft- und Raumfahrt, die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie sowie die maritime Wirtschaft.

37.

2.5 Europäischer Arbeitsmarkt: Chancen der Freizügigkeit nutzen –

missbräuchliche Zuwanderung in soziale Sicherungssysteme verhindern

Wir sagen Ja zur Freizügigkeit in Europa. Sie ist eine der Grundfreiheiten unseres gemeinsamen Binnenmarktes und damit Grundlage unseres Wohlstandes. Vor allem hilft dieser gemeinsame Arbeitsmarkt all jenen, die in ihrem Heimatland arbeitslos sind und deshalb im Ausland eine Stelle suchen. Wir wollen die Chancen des gemeinsamen Arbeitsmarktes noch mehr Menschen eröffnen. Konkret wollen wir die Vermittlung von Arbeitskräften und Arbeitsplätzen in der EU verbessern. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Aus- und Weiterbildung in Europa sowie die Arbeitsuche noch besser abgestimmt werden. Zudem wollen wir, dass Sprachen noch besser vermittelt werden und Bildungsabschlüsse leichter übertragbar sind. Schritt für Schritt muss die Mobilität im Arbeitsmarkt gesteigert werden.

Willkommenskultur für Fachkräfte

Um den wirtschaftlichen Erfolg und den Wohlstand in Deutschland auf Dauer zu erhalten, müssen wir verstärkt

qualifizierte und leistungsbereite Menschen aus anderen Ländern für uns gewinnen. Sie sind bei uns willkommen. Bereits heute fehlen uns Fachkräfte in einigen Branchen. Dieser Mangel wird in den nächsten Jahren zunehmen. Daher haben wir die Weichen für die Zuwanderung von Fachkräften bereits richtig gestellt: Berufsabschlüsse aus dem Ausland werden leichter anerkannt. Und die sogenannte Blaue Karte gibt Hochqualifizierten ein Aufenthaltsrecht in Deutschland und der EU. Zudem setzen wir uns für eine Willkommenskultur ein, die dafür sorgt, dass Deutschland für qualifizierte Zuwanderer attraktiver wird.

38.

Zuwanderung in soziale Sicherungssysteme verhindern

Eine wesentliche Ursache für Armutswanderung innerhalb der Europäischen Union ist das Wohlstandsgefälle zwischen ärmeren und reicheren Mitgliedstaaten. Solange die Unterschiede so groß wie gegenwärtig sind, müssen wir darauf achten, dass die Arbeitnehmer-Freizügigkeit dies berücksichtigt und nicht durch Armutswanderung überlagert wird. Einer Zuwanderung aus anderen EU-Staaten, die darauf gerichtet ist, die europäische Freizügigkeit zu missbrauchen und die sozialen Sicherungssysteme unseres Landes auszunutzen, treten wir entschieden entgegen. Sie führt in einigen Städten in Deutschland zu erheblichen sozialen Problemlagen und Belastungen.

Damit niemand allein wegen Armut sein Land verlassen muss, setzen wir uns dafür ein, dass die Herkunftsstaaten die Lebens- und Arbeitsbedingungen vor Ort und die Integration von Minderheiten nachhaltig verbessern. Hierbei wird europäische Solidarität gewährt. Wir müssen darauf

993 achten, dass sie auch in Anspruch genommen wird, dass
994 europäische Fördergelder abgerufen und zielgerichtet
995 eingesetzt werden.

996 **39.**

997 Wir werden unser deutsches Recht im Rahmen
998 europarechtlicher Vorgaben so gestalten, dass die
999 ungerechtfertigte Inanspruchnahme von Sozialleistungen
1000 effektiver unterbunden werden kann. Dafür ist ein
1001 konsequenter Verwaltungsvollzug vor Ort gegenüber
1002 denjenigen, die die Not der Zuwanderer ausnutzen, wie
1003 auch gegenüber denjenigen, die unsere
1004 Sozialgesetzgebung missbrauchen, notwendig. Ebenso ist
1005 die Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit und
1006 Schwarzarbeit erforderlich. Dazu brauchen wir eine
1007 verbesserte Zusammenarbeit zwischen dem Zoll und den
1008 Behörden vor Ort, einen besseren behördlichen
1009 Datenaustausch, Sperren zur Wiedereinreise sowie
1010 Beschränkungen beim Anspruch auf Sozialleistungen.

1011 Das hohe Niveau der deutschen Sozialleistungen steht in
1012 einem engen Zusammenhang mit der wirtschaftlichen
1013 Stärke Deutschlands und seiner Wettbewerbsfähigkeit.
1014 Insofern ist dies nur national zu regeln. Eine sachgerechte
1015 Lösung muss auf die Unterschiede in den EU-Ländern
1016 Rücksicht nehmen, indem durch geeignete Regelungen
1017 Anreize für eine allein durch Sozialleistungen motivierte
1018 Zuwanderung nachhaltig gesenkt werden. Soweit die
1019 bestehenden Möglichkeiten des EU-Rechts hierfür nicht
1020 ausreichen, müssen Änderungen erfolgen. Das gilt
1021 insbesondere für die Freizügigkeitsrichtlinie.

1022 **40.**

1023 *Jugendarbeitslosigkeit abbauen – duale Ausbildung*
1024 *stärken*

1025 Für Jugendliche sind die Chancen auf Arbeit in Europa
1026 ungleich verteilt. Während Deutschland die geringste
1027 Jugendarbeitslosigkeit in der EU hat, haben Jugendliche
1028 gerade in den Krisenländern wenig Chancen auf einen Job.
1029 Insgesamt gibt es zu viele arbeitslose
1030 Hochschulabsolventen und in einigen Mitgliedstaaten ist
1031 das Ausbildungssystem nicht auf der Höhe der Zeit. Wir
1032 wollen diese jungen Menschen nicht im Stich lassen. Wir
1033 wollen deshalb die von uns auf den Weg gebrachte EU-
1034 Jugend-Offensive fortführen und ausbauen. Mit ihr werden
1035 Investitionen und Maßnahmen zur Bekämpfung der
1036 Jugendarbeitslosigkeit in Europa auf den Weg gebracht.
1037 Wir wollen, dass die getroffenen Vereinbarungen zur
1038 Jugendgarantie – also eines Ausbildungsangebotes an
1039 jeden Jugendlichen in Europa – umgesetzt werden. Zudem
1040 werden wir andere europäische Länder dabei unterstützen,
1041 die erfolgreiche duale Ausbildung in Schule und Betrieb
1042 einzuführen, weil sie jungen Menschen eine gute berufliche
1043 Zukunft eröffnen kann.

1044 *Gute Ausbildung*

1045 Wir wollen möglichst vielen Menschen in der EU die Chance
1046 auf die bestmögliche Ausbildung bieten. Dafür brauchen
1047 wir Bildungssysteme auf der Höhe der Zeit und moderne
1048 Wege, lebenslanges Lernen zu ermöglichen. Um mehr
1049 Menschen einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen zu
1050 können, fördern wir eine integrative und aktive
1051 Beschäftigungspolitik, die auch zur Lebenswirklichkeit der
1052 Menschen passt. Ideen, wie die der Europäischen
1053 Kommission, nur noch junge Menschen zur Kranken- und
1054 Altenpflegeausbildung zuzulassen, die mindestens zwölf

1055 Jahre allgemeine Schulbildung, also praktisch Abitur,
1056 haben, treten wir weiterhin mit Nachdruck entgegen. Solche
1057 Pläne gehen an der Lebenswirklichkeit vorbei.

1058 **41.**

1059 *Der Meisterbrief sichert Qualität*

1060 Die Meister in Deutschland garantieren mit ihrem guten
1061 Namen die Qualität der betrieblichen Ausbildung und
1062 stützen so die duale Ausbildung insgesamt. Außerdem
1063 steht der Meisterbrief für die Güte der erbrachten
1064 Handwerksleistungen und schützt so die Verbraucher.
1065 Daher setzen wir uns auf europäischer Ebene für den Erhalt
1066 des Meisterbriefs ein. Die gegenseitige Anerkennung der
1067 Berufsabschlüsse darf weder auf Kosten der dualen
1068 Ausbildung noch der Verbraucher geschehen.

1069 *Jungunternehmer unterstützen*

1070 Unternehmensgründer und Jungunternehmer brauchen
1071 Startkapital. Häufig fällt es ihnen schwer, dieses über
1072 Bankkredite und andere traditionelle Finanzierungswege zu
1073 bekommen. Wir wollen es daher leichter machen, neue
1074 Finanzierungswege zu nutzen, indem wir sie rechtssicher
1075 ausgestalten. Insbesondere für das sogenannte
1076 Crowdfunding, bei dem eine große Zahl von
1077 Kleinstanlegern ein bestimmtes Projekt finanziert, wollen
1078 wir einen europaweiten Rechtsrahmen entwickeln. Dabei
1079 kommt es uns darauf an, dass das Crowdfunding für
1080 Unternehmer und Anleger gleichermaßen attraktiv ist.

1081 Wir unterstützen das Mobilitätsprogramm für
1082 Jungunternehmer der EU nach dem Vorbild des Erasmus-
1083 Programms. Das Programm bietet angehenden
1084 Jungunternehmern die Möglichkeit, im EU-Ausland bei
1085 erfahrenen Unternehmern zu lernen. 10 000

1086 Austauschplätze könnten über dieses Programm
1087 organisiert werden. Damit erleichtern wir es einer neuen
1088 Unternehmergeneration, die Vorzüge des Binnenmarktes zu
1089 nutzen.

1090 **42.**

1091 *Sichere Altersvorsorge in der Europäischen Union*

1092 Wer im Ausland arbeitet oder dorthin umzieht, muss auch
1093 an seine Altersvorsorge denken. Bei der betrieblichen
1094 Altersvorsorge kann der Wechsel derzeit in einigen Ländern
1095 zu Einbußen führen. Sei es, weil die Ansprüche verfallen
1096 oder diese oftmals nicht zum neuen Arbeitgeber
1097 mitgenommen werden können. Wir wollen die betriebliche
1098 Altersvorsorge grundsätzlich weiter stärken, gerade auch in
1099 kleinen und mittleren Unternehmen. Sie muss dabei so
1100 ausbalanciert werden, dass sie attraktiv ist und gleichzeitig
1101 die Bindung der Mitarbeiter an ihre Firma ermöglicht. In
1102 Europa muss klar sein: Wer sein Recht auf Freizügigkeit
1103 ausübt, sollte nicht dafür bestraft werden.

1104 Die Pläne der Europäischen Kommission, die betriebliche
1105 Altersversorgung dem sogenannten Solvency-II-
1106 Eigenkapitalregime für Versicherungskonzerne zu
1107 unterwerfen, lehnen wir deshalb ab. Eingriffe durch
1108 europäisches Recht auf die betriebliche Altersvorsorge
1109 werden wir verhindern und mit Nachdruck für den Erhalt
1110 des bewährten Systems kämpfen. Wir setzen uns dafür ein,
1111 dass auch künftig alleine die Mitgliedstaaten für die
1112 Gestaltung der Renten- und Pensionssysteme zuständig
1113 sind. Hierbei ist jedoch eine einfache, unbürokratische
1114 Übertragbarkeit der Ansprüche, insbesondere für
1115 Grenzgänger, europaweit zu gewährleisten.

1116 **43.**

1117 *Europäische Sozialpartnerschaft leben*

1118 Die Sozialpartnerschaft ist ein wesentlicher Grundpfeiler
1119 der Sozialen Marktwirtschaft. In der Tarifpartnerschaft, der
1120 betrieblichen Mitbestimmung und der Selbstverwaltung der
1121 Sozialversicherungen tragen Arbeitgeberverbände und
1122 Gewerkschaften Mitverantwortung für die soziale
1123 Flankierung der Arbeitswelt und einen fairen Ausgleich
1124 zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen.

1125 Tarifaufonomie und Mitbestimmung sind für uns um ihrer
1126 selbst willen ein hohes Gut, zahlen sich aber auch
1127 ökonomisch aus und sind ein wichtiger Standortvorteil.
1128 Gerade in der Krise hat sich das Zusammenspiel von
1129 Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten sowie
1130 Arbeitgebern und deren Verbänden bewährt. Die
1131 Tarifpartner haben mit verantwortungsvollen
1132 Entscheidungen zur Wettbewerbsfähigkeit unserer
1133 Unternehmen beigetragen und gleichzeitig die Sicherheit
1134 der Arbeitsplätze und Teilhabe der Arbeitnehmer an der
1135 Wirtschaftsentwicklung im Blick gehabt. Diese
1136 Standortvorteile wollen wir auch in Europa bewahren und
1137 durch geeignete Rahmenbedingungen unterstützen. Unser
1138 Ziel ist es, die Sozialpartnerschaft zu einem Erfolgsmodell
1139 in der gesamten Europäischen Union zu entwickeln.

1140 Denn die Verantwortung für ein gutes Miteinander zwischen
1141 Arbeitnehmern und Arbeitgebern entsteht in verlässlicher
1142 Tarifvertragsgestaltung, in der Zusammenarbeit der
1143 Selbstverwaltung und in den Betrieben. Deshalb sind wir
1144 davon überzeugt, dass der soziale Dialog der Tarifpartner
1145 auch auf europäischer Ebene mit Blick auf die
1146 Wettbewerbsfähigkeit und gute Arbeit eine wichtige
1147 Funktion hat.

1148 Moderne Gleichstellungspolitik wirkt sich positiv auf die
1149 Wettbewerbsfähigkeit aus. Die Mitgliedstaaten haben dafür
1150 Sorge zu tragen, dass dies auch gelingt.

1151 **44.**

1152 **2.6 Forschung – in Europas Zukunft investieren**

1153 Forschung, Technologie und Innovation sind der Schlüssel
1154 zu wirtschaftlichem Erfolg, zu zukunftsfähigen
1155 Arbeitsplätzen und nachhaltigem Wachstum. Von ihnen
1156 kommen neue Ideen zur menschlichen Gestaltung des
1157 gesellschaftlichen Wandels und für neue Produkte und
1158 Dienstleistungen, mit denen wir auch morgen auf den
1159 Weltmärkten erfolgreich sind.

1160 *Beste Bedingungen für Hochschulen, Forschung und*
1161 *Innovation*

1162 Unser Ziel lautet deshalb: Europa soll zur führenden
1163 Wissensgesellschaft der Welt werden. Aus diesem Grund
1164 wollen wir die bestmöglichen Bedingungen für Forschung
1165 und Innovation, Wissenschaftler, Hochschulen und
1166 Exzellenzzentren in ganz Europa schaffen. Wir wollen
1167 Forschungsinfrastrukturen auf Weltniveau, die europaweite
1168 Stärkung der Forschung durch Kooperation und
1169 Vernetzung sowie die Bildung europäischer
1170 Innovationscluster.

1171 *3-Prozent-Ziel erreichen – Hightech-Strategie für Europa*

1172 Deutschland ist durch die Politik der CDU-geführten
1173 Bundesregierung die führende Innovationsnation Europas.
1174 Wir investieren inzwischen drei Prozent unseres
1175 Bruttoinlandsproduktes in Forschung. Wir erfüllen damit
1176 ein gemeinsames europäisches Ziel. Mittelfristig müssen
1177 alle Mitgliedstaaten der EU dieses Ziel erreichen. Nur wenn

1178 wir verabredete Ziele auch einhalten, wird Europa
1179 glaubwürdig sein. Es ist unser Ziel, dies auch für die
1180 Europäische Union als Ganzes zu erreichen. Wir werden
1181 unsere Verantwortung bei der Ausgestaltung des
1182 Europäischen Forschungsraums wahrnehmen.

1183 **45.**

1184 Mit dem neuen EU-Rahmenprogramm für Forschung und
1185 Innovation „Horizon 2020“ ist ein wichtiger Grundstein für
1186 die nächsten Jahre gelegt. Wir haben uns erfolgreich dafür
1187 eingesetzt, dass es zum weltweit größten
1188 Forschungsförderprogramm ausgebaut wird. Mehr als 70
1189 Mrd. Euro werden so in den nächsten Jahren in Forschung
1190 und Entwicklung investiert. Die Förderung wird auch
1191 Anreize schaffen für private Investitionen in Forschung,
1192 Innovationen und Infrastruktur. Wir werden das neue
1193 Forschungsprogramm für Kooperationen in
1194 Schlüsselbereichen der medizinischen, industriellen,
1195 ökologischen und gesellschaftswissenschaftlichen
1196 Forschung nutzen. Wir werden weiterhin dafür eintreten,
1197 dass auch in der europäischen Forschungspolitik ethisch
1198 motivierte Grenzen respektiert werden, deshalb lehnen wir
1199 das Klonen von Menschen ab und treten gegen die
1200 verbrauchende Embryonenforschung ein.

1201 Wir werden unsere nationale Hightech-Strategie und
1202 „Horizon 2020“ sinnvoll vernetzen. Deutsche Forscher,
1203 Wissenschaftsinstitute und unsere innovativen
1204 Unternehmen sollen sich erfolgreich an EU-Projekten
1205 beteiligen. Deshalb setzen wir uns für einfachere und
1206 unbürokratische Antragsverfahren ein, insbesondere für
1207 kleine und mittlere Unternehmen.

1208 Die CDU steht zur Europäischen Weltraumagentur ESA, die
1209 die Entwicklung der europäischen Raumfahrt koordiniert
1210 und fördert. Luft- und Raumfahrt spielen eine strategische
1211 Rolle für den Innovationsstandort Deutschland. Um im
1212 globalen Wettbewerb der Raumfahrt-Nationen bestehen zu
1213 können, brauchen wir die europäische Kooperation. Das
1214 Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt ist dabei ein
1215 wichtiger Partner.

1216 **46.**

1217 *Weltweite Zusammenarbeit – beste Forscher für Europa*
1218 *gewinnen*

1219 Europa soll zum Anziehungspunkt für die weltbesten
1220 Forscher werden. Deutsche Forscher sollen sich mit den
1221 Besten in Europa und der Welt zusammenschließen und in
1222 gemeinsamen Projekten vertrauensvoll zusammenarbeiten.
1223 Nur so können wir unsere Forschungserfolge nachhaltig
1224 sichern. Dazu werben wir um Talente in der ganzen Welt
1225 und setzen uns für eine bessere Mobilität für Studierende
1226 und Forscher ein.

1227 *Brücke von der Forschung in die Märkte schlagen*

1228 Unser Ziel ist es, Exzellenz in der Grundlagenforschung
1229 überall in Europa zu sichern. Mehr Geld für neue Ideen hilft
1230 aber wenig, wenn sie nicht in die Praxis umgesetzt werden.
1231 Deshalb wollen wir den Weg von den Ideen hin zu neuen
1232 Produkten, Dienstleistungen und Verfahren verkürzen.
1233 Dafür setzen wir auf ein Bündel von Maßnahmen. Hierzu
1234 zählen gemeinsame europäische
1235 Forschungsinfrastrukturen wie Superrechner und
1236 Speziallabore. Wir wollen exzellente Wissenschaftler und
1237 neue Technologien, wie Biotechnologie, Nanotechnologie
1238 und Photonik, fördern. Die Zusammenarbeit von
1239 Wissenschaft und Wirtschaft wollen wir ausbauen und den

1240 Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen zu
1241 Innovationsprozessen erleichtern. Wir brauchen mehr
1242 europäisches Risikokapital für Start-Ups und den
1243 Mittelstand, um Arbeitsplätze zu schaffen. Wir werden
1244 öffentlich private Partnerschaften voranbringen.

1245 *Forschung und Regionalförderung verbinden*
1246 Deutschland wird Forschung und Regionalentwicklung
1247 stärker verbinden. Wir werden auch andere Mitgliedstaaten
1248 ermutigen, die europäische Regionalförderung zukünftig
1249 verstärkt für den Aufbau einer europäisch vernetzten und
1250 leistungsfähigen Forschungsinfrastruktur und die
1251 Unterstützung der innovativen Wirtschaft einzusetzen.

1252 *Ethische Grenzen beachten*
1253 Die Charta der Grundrechte der EU enthält wichtige
1254 Prinzipien für eine wertorientierte Politik zum Schutz des
1255 menschlichen Lebens. So wird etwa die
1256 Kommerzialisierung des menschlichen Körpers und seiner
1257 Teile als solches ausdrücklich ausgeschlossen. Die
1258 Menschenwürde steht an erster Stelle. Dort, wo die
1259 Europäische Union aber keine Rechtsgrundlage hat,
1260 müssen ethische Entscheidungen der Mitgliedstaaten
1261 respektiert werden.

1262 **47.**

1263 **2.7 Verkehr – wir machen Europa mobil**

1264 Die besten Ideen und Produkte nützen nichts, wenn sie
1265 nicht auch von A nach B kommen. Wir brauchen ein gut
1266 ausgebautes Straßen- und Schienennetz genauso wie
1267 leistungsstarke Flughäfen und Wasserstraßen, um die
1268 Vorteile des europäischen Binnenmarktes noch besser
1269 nutzen zu können. Dazu gehören auch die großen
1270 europäischen Verkehrsachsen, von denen mehr als die

1271 Hälfte durch unser Land gehen. Gerade wir in Deutschland
1272 sind als starke Exportnation darauf angewiesen. Wir wollen
1273 deshalb, dass Europa hier einen Schwerpunkt setzt und
1274 sich stärker der Zukunftsaufgabe widmet, die Verkehrs-
1275 Infrastruktur zu stärken. Damit fördern wir Wirtschaftskraft
1276 und Arbeitsplätze.

1277 *Stärkung unserer Infrastruktur*

1278 Europa hat ein starkes Netz aus Straßen, Schienen und
1279 Wasserwegen. Das ist ein großer Standortvorteil im
1280 weltweiten Wettbewerb. Ziel einer vorausschauenden
1281 Verkehrspolitik muss es deshalb sein, diesen Vorteil nicht
1282 nur zu sichern, sondern durch gezielte Investitionen
1283 auszubauen. Das ist auch deshalb wichtig, weil Prognosen
1284 zeigen, dass der Verkehr in Europa erheblich zunehmen
1285 wird. Ohne weitere Ausgaben für die Infrastruktur wird
1286 dieser Zuwachs nicht zu bewältigen sein. Dabei kommt es
1287 auch darauf an, nicht nur mehr zu bauen, sondern alle
1288 Verkehrsträger auch besser miteinander zu verknüpfen.

1289 **48.**

1290 *Ausbau der transeuropäischen Netze*

1291 Die Europäische Union fördert den Auf- und Ausbau von
1292 Verkehrsinfrastruktur im Rahmen der Transeuropäischen
1293 Netze (TEN-V). Diese sind wichtig für Wirtschaftswachstum
1294 und Arbeitsplätze in Europa. Durch den Ausbau dieser
1295 Netze sollen die verschiedenen nationalen Verkehrsnetze
1296 besser miteinander verknüpft werden. Die CDU unterstützt
1297 deshalb deren weiteren Ausbau auch unter Einbeziehung
1298 von Finanzierungsmodellen mit öffentlich-privaten Mitteln.
1299 Herzstück ist ein transeuropäisches Kernnetz, das zentrale
1300 und strategisch wichtige Knotenpunkte wie große Städte,
1301 Flughäfen oder Häfen miteinander verbindet. Wir wollen
1302 dieses Netz auch nutzen, um die Verkehrsverbindungen

1303 nach Osteuropa zu verbessern. Das bietet große
1304 Wachstumschancen für unsere Wirtschaft.

1305 *Europäischer Eisenbahnmarkt*

1306 Der grenzüberschreitende Schienenverkehr ist für die
1307 europäische Verkehrspolitik von strategischer Bedeutung.
1308 Denn gerade der Schienengüterverkehr ist die wichtigste
1309 Alternative zu den überlasteten Straßennetzen. Unser Ziel
1310 ist ein reibungsloser und qualitativ hochwertiger Güter- und
1311 Personenverkehr für Bürger und Unternehmen. Dafür sind
1312 verschiedene Schritte notwendig. So wurden zwar die
1313 nationalen Hochgeschwindigkeitsnetze ausgebaut,
1314 unterschiedliche Spurbreiten, Signalsysteme und
1315 Spannungen behindern aber weiterhin den
1316 grenzüberschreitenden Bahnverkehr. Deshalb brauchen wir
1317 eine technische Harmonisierung. Zudem ist eine bessere
1318 Abstimmung der Streckenvergabe durch die EU-
1319 Mitgliedstaaten notwendig. Schließlich brauchen wir starke
1320 und unabhängige Regulierungsbehörden in allen EU-
1321 Ländern sowie transparente Vorschriften für die
1322 Berechnung der Trassenpreise. Bei der Liberalisierung des
1323 europäischen Schienenverkehrsmarktes setzen wir uns für
1324 einheitliche europäische Regelungen ein. Das gilt gerade
1325 für technische Bestimmungen. Die Anforderungen an
1326 Sicherheit und Qualität müssen dabei europaweit so weit
1327 wie möglich vereinheitlicht werden. Auch müssen wir für
1328 faire Wettbewerbsbedingungen sorgen. Dazu gehört für
1329 uns, dass alle Bahnunternehmen uneingeschränkten
1330 Zugang zu den Märkten haben – bei Aufrechterhaltung der
1331 Deutschen Bahn AG als integrierter Konzern.

1332 **49.**

1333 *Schifffahrt und Häfen stärken*

1334 Fast 95 Prozent des interkontinentalen Warenaustauschs
1335 und 90 Prozent des europäischen Außenhandels verlaufen
1336 über den Seeweg. Die europäischen Häfen sind eine
1337 Drehscheibe für den internationalen Warenverkehr und
1338 wichtige Logistik- und Dienstleistungszentren. Wir wollen
1339 sie in ihrer Leistungsfähigkeit stärken und
1340 Kapazitätsengpässe im Rahmen der Transeuropäischen
1341 Verkehrsnetze beseitigen. Dabei sollte das leistungsfähige
1342 System der Hafendienstleistungen in Deutschland nach
1343 Möglichkeit erhalten bleiben.

1344 *Verkehrslärm reduzieren*

1345 Beim Ausbau der Verkehrsnetze werden wir die Bürger vor
1346 Ort mit einbinden und beim Thema Lärmschutz einen
1347 besonderen Schwerpunkt setzen. Im Bereich des
1348 Schienenverkehrs begrüßen wir ausdrücklich, dass die
1349 Umrüstung auf leisere Bremsen im Güterverkehr künftig mit
1350 europäischen Mitteln unterstützt werden kann. Für Wagen,
1351 die nicht entsprechend umgerüstet sind, fordern wir ein EU-
1352 weites Durchfahrverbot ab 2020. Entscheidungen über
1353 Lärmschutzmaßnahmen müssen auch künftig vor Ort
1354 getroffen und nicht durch die Europäische Union infrage
1355 gestellt werden können.

1356 *Einheitlicher Europäischer Luftraum*

1357 Wir setzen uns für die schnelle Realisierung des
1358 Einheitlichen Europäischen Luftraumes (Single European
1359 Sky) ein. Dieser würde nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit
1360 und die Sicherheit des europäischen Luftverkehrs und
1361 seiner großen Drehkreuze stärken. Er würde gleichzeitig
1362 einen wesentlichen Beitrag leisten, den Ausstoß von
1363 Treibhausgasen zu verringern. Europäische Regelungen für

1364 Flughäfen (wie Bodenverkehrsdienste,
1365 Lärmschutzmaßnahmen) müssen Raum für regionale und
1366 lokale Besonderheiten lassen; Beihilferegelungen müssen
1367 auch die wirtschaftliche Bedeutung von Regionalflughäfen
1368 berücksichtigen. Wir stehen für eine wettbewerbsneutrale
1369 Ausgestaltung des EU-Emissionshandels im Flugverkehr.

1370 **50.**

1371 *Alternative Antriebe*

1372 Der Verkehrssektor kann einen wesentlichen Beitrag
1373 leisten, um die nationalen und internationalen Energie- und
1374 Klimaschutzziele zu erreichen. Wir benötigen europaweit
1375 Alternativen zu den herkömmlichen Kraftstoffen. Sie
1376 müssen fortentwickelt und marktauglich gemacht werden.
1377 Wir werden Forschung und Entwicklung sowie die
1378 Markteinführung alternativer Antriebe und die
1379 entsprechende Infrastruktur unterstützen.

1380 *Intelligente Vernetzung und Verkehrssteuerung*

1381 Auch durch eine intelligente Vernetzung kann Mobilität
1382 deutlich effizienter, sauberer und sicherer werden.
1383 Voraussetzung dafür sind flächendeckende Angebote, die
1384 ineinander greifen. Intelligente Informationsdienste können
1385 dem Nutzer eine wertvolle Entscheidungshilfe bei der Wahl
1386 der Verkehrsmittel sein. Wir wollen dafür sorgen, dass für
1387 diese Dienste eine gemeinsame Datenbasis der
1388 Verkehrsträger bereitgestellt wird. Damit die verschiedenen
1389 Verkehrswege noch besser genutzt werden können, sind
1390 zudem intelligente Verkehrssteuerungssysteme von großer
1391 Bedeutung. Neue Möglichkeiten zur besseren Steuerung
1392 der Verkehrsflüsse und Steigerung der Sicherheit sehen wir
1393 auch im europäischen Satellitennavigationssystem Galileo
1394 mit praktischen und wirtschaftlich sinnvollen Angeboten.

1395 **51.**

1396 **2.8 Europäische Energieversorgung – stärker im Verbund**

1397 Mit der Energiewende beschreiten wir in Deutschland den
1398 Weg in die Industriegesellschaft der Zukunft. Diese
1399 verbindet nachhaltiges Wachstum mit der Bewahrung der
1400 Schöpfung. Wir wollen Arbeitsplätze und Wertschöpfung in
1401 Deutschland sichern, uns unabhängiger von
1402 Energieimporten machen sowie Umwelt und Klima
1403 schützen. Im Hinblick auf die Tatsache, dass jeder vierte
1404 Euro unserer Wirtschaftsleistung in der Industrie
1405 erwirtschaftet wird, wollen wir deren Wettbewerbsfähigkeit
1406 besonders in den Blick nehmen. Wir wollen die
1407 Energiewende gemeinsam mit unserer Wirtschaft und ihren
1408 Beschäftigten auf den Weg bringen. Auch in der
1409 Europäischen Union werden wir für diesen Weg werben. Die
1410 Bürger sind grundsätzlich für die Energiewende und den
1411 Umstieg auf Erneuerbare Energien. Sie erwarten jedoch
1412 völlig zu Recht, dass Energie sicher, sauber und bezahlbar
1413 bleibt. Wir wollen unsere hohe Versorgungssicherheit und
1414 industriellen Arbeitsplätze, die Grundlage unseres
1415 wirtschaftlichen Erfolges sind, erhalten. Auch zukünftig
1416 messen wir unsere Energiepolitik zu gleichen Anteilen an
1417 den Zielen Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und
1418 Umwelt- bzw. Klimaverträglichkeit.

1419 Zum Wohle der Bürger wollen wir in Europa eine
1420 Energiepolitik der getrennten Wege überwinden. Deshalb
1421 setzen wir uns für einen europäischen Energie-Binnenmarkt
1422 ein. Solange dieser allerdings nicht existiert, müssen
1423 ausreichend Spielräume für eine nationale Energie- und
1424 Klimapolitik gewährleistet werden. Zu diesem sollen alle
1425 Verbraucher Zugang haben. Dies ist nicht nur wichtig, um
1426 die energiepolitischen Ziele der EU zu erreichen. Sondern
1427 es ist eine entscheidende Voraussetzung, damit Europa mit

1428 einer leistungsfähigen Energiewirtschaft international
1429 wettbewerbsfähig bleibt.

1430 **52.**

1431 *Moderne Stromnetze und ein gemeinsamer europäischer*
1432 *Energieverbund*

1433 Um den gemeinsamen Strommarkt weiterzuentwickeln,
1434 streben wir verbindliche europäische Standards an. Wir
1435 setzen uns für ein Zusammenwachsen der europäischen
1436 Stromversorgung und einen gemeinsamen Energieverbund
1437 ein. Dadurch können Schwankungen in der
1438 Stromerzeugung der Länder besser ausgeglichen und
1439 regionale Vorteile in der Energieerzeugung – etwa bei der
1440 Solar- oder Windenergie – genutzt werden.

1441 Dazu müssen vor allem bestehende Hindernisse bei der
1442 grenzüberschreitenden Durchleitung von Strom abgebaut
1443 werden. Konkret brauchen wir genügend und vor allem
1444 leistungsfähige Grenzkuppelstellen, die den Stromfluss
1445 zwischen den einzelnen Ländern gewährleisten.

1446 Den Ausbau der Stromnetze und Speicher, die unabdingbar
1447 sind, um unsere Versorgungssicherheit zu gewährleisten,
1448 werden wir europaweit vorantreiben. Gleichzeitig wollen wir
1449 die technischen Verbesserungsmöglichkeiten bei den
1450 bestehenden Netzen ausschöpfen. Unser Ziel sind
1451 intelligente Netze und Messsysteme für Verbraucher. Diese
1452 können dafür sorgen, dass der Strom möglichst dann
1453 verbraucht wird, wenn viel Energie produziert wird und im
1454 Netz verfügbar ist. Für die Verbraucher kann der Strom
1455 damit kostengünstiger werden. Zugleich werden die Netze
1456 gleichmäßiger ausgelastet. Sie sind damit stabiler und
1457 weniger ausfallgefährdet.

1458 Für einen europäischen Energie-Binnenmarkt brauchen wir
1459 schließlich noch bessere Rahmenbedingungen: Wir
1460 brauchen mehr private und öffentliche Investitionen. Wir
1461 müssen einen klaren Rechtsrahmen schaffen. Und wir
1462 müssen Investitionen in neue Ideen, in Forschung und
1463 Entwicklung fördern.

1464 **53.**

1465 *Industriestandort Deutschland mit bezahlbaren*
1466 *Energiepreisen*

1467 In der anhaltenden Wirtschaftskrise hat sich gezeigt, dass
1468 diejenigen Länder in Europa die Krise besser überstehen,
1469 die auf eine leistungsfähige Industrie setzen können. Auch
1470 deshalb wollen wir, dass Deutschland ein
1471 wettbewerbsfähiges Industrieland bleibt. Etwa eine Million
1472 Arbeitsplätze sind in Deutschland mit energieintensiven
1473 Industrien verbunden. Wir wollen diese Arbeitsplätze
1474 erhalten und sicherstellen, dass die Beschäftigten und
1475 deren Angehörige in diesen Unternehmen eine gute
1476 Perspektive haben. Deutsche Unternehmen, die bereits
1477 heute mehr für Energie bezahlen als europäische oder
1478 andere internationale Konkurrenten, dürfen nicht zu den
1479 Verlierern unterschiedlicher internationaler und
1480 innereuropäischer Rahmenbedingungen bei Steuern und
1481 Abgaben im Energiebereich werden. Deshalb wollen wir die
1482 energieintensiven Unternehmen, die in einem harten
1483 internationalen und innereuropäischen Wettbewerb stehen,
1484 auch künftig zielgenau entlasten.

1485 **54.**

1486 *Erneuerbare Energien*

1487 Europa braucht jedoch nicht nur ein von allen EU-Staaten
1488 gemeinsam genutztes Stromnetz. Es braucht vor allem eine
1489 Verständigung über den Ausbau der Erneuerbaren

1490 Energien. Diese können einen wichtigen Beitrag zum
1491 wirtschaftlichen und technologischen Fortschritt in Europa
1492 leisten, um die Treibhausgasemissionen und die
1493 Abhängigkeit von Energieimporten aus Drittstaaten zu
1494 verringern.

1495 Beim weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien in
1496 Europa kommt es für uns darauf an, diese kostengünstig
1497 und wirtschaftlich nach einheitlichen Kriterien
1498 weiterzuentwickeln. Hierfür setzen wir auf die
1499 verpflichtende Direktvermarktung von Erneuerbaren
1500 Energien und perspektivisch auf europäische
1501 Ausschreibungen.

1502 Unser Ziel ist es, die Förderung der Erneuerbaren Energien
1503 in Deutschland in den Europäischen Binnenmarkt zu
1504 integrieren. Dafür werden wir das Erneuerbare-Energien-
1505 Gesetz (EEG) in Übereinstimmung mit dem Europarecht
1506 weiterentwickeln. Wir streben einen verlässlichen
1507 Ausbaupfad für die Erneuerbaren Energien an, der allen
1508 Beteiligten Planungssicherheit gibt. Mit der EEG-Reform
1509 wollen wir Ausmaß und Geschwindigkeit des
1510 Kostenanstiegs spürbar bremsen, indem
1511 Vergütungssysteme vereinfacht und die Kosten auf einem
1512 vertretbaren Niveau stabilisiert werden. Zudem setzen wir
1513 uns dafür ein, dass die europäischen Rahmenbedingungen
1514 einen kosteneffizienten Ausbau der Erneuerbaren Energien
1515 in Deutschland und Europa auch weiterhin unterstützen.

1516 *Versorgungssicherheit – die Rolle der Gas- und*
1517 *Kohlekraftwerke*

1518 Eine sichere und zuverlässige Stromversorgung hat in
1519 Europa einen hohen Stellenwert und ist gerade auch für
1520 den Wirtschaftsstandort Deutschland unverzichtbar. Um bei

1521 einem steigenden Anteil Erneuerbarer Energien die
1522 Schwankungen in der Einspeisung auszugleichen und die
1523 Grundlast abzusichern, werden mittelfristig auch moderne
1524 und leicht steuerbare Gas- und Kohlekraftwerke mit hohen
1525 Wirkungsgraden benötigt. Durch geeignete
1526 Rahmenbedingungen soll der wirtschaftliche Betrieb dieser
1527 notwendigen Reservekapazitäten gewährleistet werden. Die
1528 wirtschaftliche Nutzung der Braunkohle ist auch als
1529 Grundstoff für die chemische Industrie von Bedeutung und
1530 eröffnet dort Möglichkeiten für Wachstum und
1531 Beschäftigung.

1532 **55.**

1533 *Effizienz als wichtiger Faktor einer nachhaltigen* 1534 *Energiewende*

1535 Eine Senkung des Energieverbrauchs durch eine
1536 effizientere Nutzung des Stroms ist eine wichtige Stütze der
1537 Energiewende, die wir stärken wollen. Deutsche Betriebe
1538 haben bei der Entwicklung energieeffizienter Produkte und
1539 Verfahren viel Erfahrung und nehmen auch im
1540 internationalen Vergleich eine Vorreiterrolle ein. Diese
1541 Chancen, die sich daraus gerade auch für mittelständische
1542 Unternehmen ergeben, wollen wir nutzen. Wir wollen
1543 deshalb die EU-Energieeffizienzrichtlinie wirksam
1544 umsetzen. Sie hat das Ziel, die Energieeffizienz um 20
1545 Prozent bis 2020 zu steigern. Wir werden uns dafür
1546 einsetzen, auch nach 2020 Ziele für die Energieeffizienz so
1547 fortzuschreiben, dass sie technologieoffen,
1548 wettbewerbsneutral und damit weiterhin attraktiv für
1549 unseren Mittelstand ausgestaltet sind. Bei der Steigerung
1550 der Energieeffizienz verfolgen wir einen Ansatz, der
1551 Gebäude, Industrie, Gewerbe und Haushalte umfasst und
1552 dabei Strom, Wärme und Kälte gleichermaßen in den Blick
1553 nimmt.

1554 *Sicherheit von Kernkraftwerken*
1555 Risiken machen nicht an Grenzen halt. Deshalb müssen die
1556 Kraftwerke so sicher wie möglich sein. Wir werden uns in
1557 Europa dafür einsetzen, die Sicherheit der Kernkraftwerke
1558 zu erhöhen und verbindliche Sicherheitsziele
1559 festzuschreiben. Wir wollen ein System wechselseitiger
1560 Kontrolle bei fortbestehender nationaler Verantwortung für
1561 die Sicherheit. Wir setzen uns auf europäischer Ebene für
1562 eine enge Zusammenarbeit und umfassende Transparenz in
1563 allen sicherheitsrelevanten Fragen ein.

1564 Deutschland will auf die internationale
1565 Sicherheitsdiskussion Einfluss nehmen. Daher werden
1566 auch nach dem Ausstieg geeignete institutionell geförderte
1567 Forschungseinrichtungen, unabhängige
1568 Sachverständigeninstitutionen und ausreichende
1569 behördliche Fachkompetenz zur Beurteilung der Sicherheit
1570 von Kernkraftwerken und ihres Rückbaus, des
1571 Strahlenschutzes und der nuklearen Entsorgung gebraucht.
1572 Eine Förderung der Kernenergie lehnen wir jedoch
1573 nachdrücklich ab.

1574 **56.**

1575 **2.9 Europa fit machen für die digitale Zukunft**

1576 Das Internet und digitale Technologien prägen heute unser
1577 Leben. Smartphones und Tablet-Computer sind aus dem
1578 Alltag nicht mehr wegzudenken. Mehr als jeder zweite
1579 Europäer ist bereits regelmäßig online. In der Wirtschaft hat
1580 unterdessen die vierte industrielle Revolution begonnen.
1581 Mit dem „Internet der Dinge“ finden Waren schon heute
1582 eigenständig ihren Weg vom Regal im Großlager über die
1583 Laderampe bis hin zur Auslieferung beim Kunden. Künftig
1584 können Produktionsketten und Alltagsgegenstände über

1585 das Internet angesteuert werden oder mit anderen
1586 Produkten in Verbindung treten: Das kaputte Fließband
1587 wird eigenständig den Mechaniker rufen und der
1588 Kühlschrank bestellt automatisch Lebensmittel nach.
1589 Gerade im Bereich der Industrie 4.0 müssen Deutschland
1590 und Europa neue Anstrengungen unternehmen, um auch
1591 hier Technologieführer zu werden.

1592 Europa muss in den nächsten Jahren die
1593 Rahmenbedingungen so verbessern, dass wir global wieder
1594 eine entscheidende Rolle spielen. Insbesondere müssen die
1595 Grundvoraussetzungen für jährliche Zukunftsinvestitionen
1596 verbessert werden, z. B. im europäischen
1597 Wettbewerbsrecht.

1598 Wir sehen auch die anderen Folgen der digitalen Technik –
1599 von der ständigen Erreichbarkeit im Beruf bis hin zum
1600 Wegfall von Arbeitsplätzen durch Automatisierung. Und vor
1601 allem sehen wir immer wieder Fälle von
1602 verantwortungslosem Umgang mit persönlichen Daten.
1603 Deshalb wollen wir die notwendigen Lösungen für eine gute
1604 digitale Zukunft in Europa auch im Dialog mit den Bürgern
1605 diskutieren und entwickeln. Dazu gehört auch, dass durch
1606 die europäische Datenschutzgrundverordnung Sicherheit
1607 für Verbraucher und Unternehmen geschaffen werden
1608 muss. Außerdem wollen wir die Vermittlung von Medien-
1609 und Informationskompetenz in allen Altersgruppen der
1610 Bevölkerung stärken.

1611 **57.**

1612 *Die digitale Wirtschaft stärken*

1613 Digitale Technologien bieten uns eine Chance für
1614 Wachstum, Arbeitsplätze und Wohlstand. In einigen
1615 Bereichen, gerade im Mittelstand, gibt es in Deutschland

1616 und Europa viele Weltmarktführer. Deshalb wollen wir
1617 Europa auch an die Weltspitze des digitalen Fortschritts
1618 führen und mit innovativen Ideen und guten
1619 Rahmbedingungen zum digitalen Wachstumskontinent
1620 werden. Dazu soll Europa ein führender Standort für
1621 Internet- und IT-Unternehmen aus der ganzen Welt werden.
1622 Wir wollen industriepolitisch dazu beitragen, dass wir bei
1623 digitaler Technologie und Forschung zu den heutigen
1624 Spitzenreitern USA und Asien aufschließen. Dazu gehört,
1625 dass Unternehmen im digitalen Sektor schneller und
1626 leichter gegründet werden können, z. B. durch weniger
1627 Bürokratie und bessere Finanzierungsmöglichkeiten.

1628 *Mehr Sicherheit durch technologische Unabhängigkeit*
1629 Schon in der Vergangenheit haben wir uns bei
1630 Spitzentechnologien dafür entschieden, unabhängiger von
1631 Technik aus dem außereuropäischen Ausland zu werden.
1632 Daher haben wir mit Airbus eine Alternative zu Boeing
1633 aufgebaut. Im Bereich der Geodaten und digitalen
1634 Navigation sind wir dabei, mit Galileo – einem
1635 Alternativsystem zum amerikanischen GPS –
1636 eigenständiger zu werden. Es muss das Ziel der gesamten
1637 Europäischen Union sein, eigene Kompetenzen auch im
1638 Bereich der Hard- und Software aufzubauen. Die digitale
1639 Infrastruktur muss europäischer und damit unabhängiger
1640 von außereuropäischem Einfluss und Missbrauch werden.
1641 Insbesondere mit Blick auf die Sicherheit unserer
1642 Netzwerke und Systeme ist dies von größter Bedeutung.
1643 Wir sehen besorgt, dass in Deutschland und in Europa an
1644 einigen wichtigen Stellen die technologischen Fähigkeiten
1645 dazu noch nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind.
1646 Deshalb müssen wir gemeinsam mit unseren europäischen
1647 Partnern auch im Internetbereich, in der digitalen

1648 Sicherheitstechnik und im Bereich der Hardware-
1649 Komponenten unabhängiger und handlungsfähiger werden.

1650 **58.**

1651 *Ziele der digitalen Agenda erreichen*

1652 Die EU Kommission hat mit ihrer „Digitalen Agenda“
1653 wichtige Impulse gesetzt. Einige der Ziele darin wurden
1654 schon erreicht: So nimmt die Internetnutzung auch bei
1655 Menschen mit langer Arbeitslosigkeit oder geringerer
1656 Bildung deutlich zu und immer mehr ältere Menschen
1657 entdecken das Netz für sich. Zudem findet das ultraschnelle
1658 Internet (Anschlüsse mit mehr als 100 Mbit/s) immer
1659 größere Verbreitung.

1660 Weitere Schritte sollen folgen. Daher setzen wir uns mit
1661 Nachdruck dafür ein, dass die EU-Kommission gemeinsam
1662 mit den Mitgliedstaaten und unter Einbindung des
1663 Europäischen Parlamentes alle Ziele der „Digitalen
1664 Agenda“ erreicht und alle vorgeschlagenen Maßnahmen
1665 umsetzt. Dabei sehen wir einen Schwerpunkt bei Themen
1666 aus den Bereichen E-Health, intelligente Mobilität, vernetzte
1667 Städte und altersgerechte Assistenzsysteme. Diese
1668 zentralen Vorhaben wollen wir auch durch das europäische
1669 Forschungsprogramm „Horizon 2020“ weiter unterstützen.

1670 *Schnelles Internet in Stadt und Land – in ganz Europa*

1671 Schnelles Internet ist für Bürger und Unternehmen heute
1672 genauso wichtig wie die Versorgung mit Strom, Wasser und
1673 Gas. Deshalb wollen wir in Stadt und Land flächendeckende
1674 Anschlüsse für schnelles Internet. Dazu wollen wir
1675 gemeinsam mit den Telekommunikations- und
1676 Netzunternehmen Lösungen entwickeln. Auch private
1677 Investitionen in die Netze sollen über geeignete
1678 Fördermaßnahmen attraktiver werden. Wir wollen den

1679 Ausbau technologieoffen gestalten und gerade in den
1680 Städten den Zugang zum drahtlosen Internet über WLAN
1681 weiter ausbauen. Hierzu gibt es in vielen Städten Europas
1682 gute Beispiele, die wir schnell und unbürokratisch auch auf
1683 andere Regionen übertragen wollen.

1684 **59.**

1685 *Auf dem Weg zu einem vernetzten Kontinent*

1686 Wir wollen den Weg in Richtung eines echten
1687 Binnenmarktes für Telekommunikation weiter gehen. Das
1688 Europäische Parlament muss die dazu vorliegenden
1689 Vorschläge der EU-Kommission nun weiterentwickeln. Dazu
1690 gehören auch die Sicherung der Netzneutralität sowie der
1691 Ausbau des mobilen Internets. Besondere Schwerpunkte
1692 bei der weiteren Arbeit müssen bei den Themen
1693 Datenschutz, Netzsicherheit, Urheberrecht, digitales
1694 Lernen, Open Data sowie Online-Bürgerbeteiligung und
1695 E-Government gesetzt werden. Beim Cloud-Computing sind
1696 transparente und einheitliche Standards in Europa und ein
1697 gesamteuropäischer Datenschutz entscheidend für die
1698 weitere Entwicklung.

1699 *Gründungen in der digitalen Wirtschaft fördern*

1700 Gründungen im Bereich der digitalen Wirtschaft stehen im
1701 Mittelpunkt der Initiative „Startup Europe“. Vielfältige
1702 Programme auf europäischer Ebene unterstützen und
1703 vernetzen Gründer und Kapitalgeber aus allen Ländern.
1704 Zudem fördern sie innovations- und wachstumsfreundliche
1705 Rahmenbedingungen. Diese werden wir weiter
1706 unterstützen. Dazu gehört aber auch eine
1707 technikfreundliche Unternehmenskultur, wie etwa das
1708 Silicon Valley zeigt. Eine Kultur, die Mut zum
1709 verantwortungsvollen Risiko nicht bestraft und die Fehler
1710 und Scheitern auch als Chance begreift.

1711 **60.**

1712 **3. Lebenswertes Europa**

1713 Die CDU will ein Europa, in dem die Menschen gerne leben.
1714 Europa hat viel zu bieten. Es ist reich an unterschiedlichen
1715 Kulturen, Traditionen und Landschaften. Diesen Reichtum
1716 gilt es zu bewahren und zu pflegen. Wir wollen, dass
1717 Europa noch lebenswerter wird.

1718 **3.1 Bildungszusammenarbeit stärken – Neue Chancen eröffnen**

1719 Wachstum, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt zu
1720 sichern, stellt Europa vor immer neue Herausforderungen.
1721 Umso wichtiger ist es, unser Wissen und Können laufend
1722 weiterzuentwickeln. Denn es begründet den Reichtum
1723 Europas und hilft seinen Wohlstand zu erhalten.

1724 *Lernen und Studieren in Europa*

1725 Bildung hilft, die Persönlichkeit zu entfalten und
1726 Lebenschancen wahrzunehmen. Bildung ist zudem wichtig
1727 für das Zusammenwachsen Europas. Deshalb unterstützt
1728 die CDU das Ziel, dass Schüler, Auszubildende und
1729 Studierende sowie Lehrkräfte in Schule und Hochschule
1730 überall in Europa lernen und lehren. So knüpfen sie ein
1731 lebendiges Band zwischen den Menschen Europas.

1732 Der Aufenthalt in europäischen Nachbarländern ermöglicht
1733 es gerade jungen Menschen, interkulturelle Kompetenzen
1734 und neues Wissen zu erwerben und zu vertiefen. Dies
1735 erweitert den persönlichen Horizont und verhilft zu
1736 besseren Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

1737 Die Vielfalt der Bildungssysteme in Europa ist ein Schatz,
1738 den wir wahren müssen: Die Gestaltung des
1739 Bildungswesens beruht auf nationalen Erfahrungen,

1740 gewachsenen Traditionen und Wertvorstellungen, die für
1741 die Menschen eine hohe Identitätskraft besitzen, wie das
1742 Abitur oder die duale Ausbildung in Deutschland. Da
1743 Entscheidungen im Bildungsbereich die kulturellen Wurzeln
1744 einer Nation berühren, lehnen wir es ab, die
1745 Gemeinschaftskompetenzen im Bildungsbereich
1746 auszuweiten.

1747 **61.**

1748 *Mit „Erasmus+“ ins Ausland*

1749 Die CDU begrüßt das EU-Programm „Erasmus+“. Mit
1750 diesem Austauschprogramm für Jugend, Bildung und Sport
1751 können bis zu fünf Millionen Europäer zwischen 13 und 30
1752 Jahren bis zum Jahr 2020 Auslandsstipendien beantragen –
1753 unabhängig von ihrer jeweiligen Bildungsstufe. Die CDU
1754 unterstützt die Mobilität der Studierenden bzw. der Schüler,
1755 Berufsschüler und Auszubildenden: Bis zum Jahr 2020
1756 sollen mindestens 50 Prozent der Hochschulabsolventen
1757 einen Teil ihres Studiums im Ausland verbracht haben. Bei
1758 den jungen Erwachsenen in der Ausbildung sollen es
1759 mindestens zehn Prozent sein.

1760 *Mehr gemeinsame Studiengänge in Europa*

1761 Um die Mobilität der Studierenden weiter zu fördern, wird
1762 sich die CDU auch für mehr gemeinsame Studiengänge
1763 zwischen deutschen Hochschulen und europäischen
1764 Partner-Hochschulen einsetzen. Wir wollen die Zahl dieser
1765 Studiengänge von heute fünf auf zehn Prozent im Jahr 2020
1766 erhöhen. Dazu gehört es auch, Doppelabschlüsse als
1767 Regelabschluss vorzusehen. Daneben wirken wir darauf
1768 hin, verbindliche Mobilitätsfenster in den
1769 Rahmenlehrplänen der einzelnen Studiengänge zu
1770 verankern. Zugleich wollen wir eine bessere Anerkennung
1771 der im Ausland erbrachten Studien- und

1772 Prüfungsleistungen erreichen. Um den Studierenden die
1773 Entscheidung für eine ausländische Hochschule zu
1774 erleichtern, wollen wir ein Güte-Siegel für besonders
1775 vorbildliche Einrichtungen.

1776 **62.**

1777 **3.2 Nachhaltige und wettbewerbsfähige Landwirtschaft –**
1778 **sichere Versorgung**

1779 Europa hat eine vielfältige, nachhaltige und
1780 wettbewerbsfähige Landwirtschaft. Sie erzeugt hochwertige
1781 Lebensmittel unter höchsten Verbraucher-, Umwelt- und
1782 Tierschutzstandards. Sie leistet gleichzeitig einen Beitrag
1783 zu Energiesicherheit und Klimaschutz.

1784 *Nachhaltige und marktorientierte Landwirtschaft –*
1785 *Gemeinsame Agrarpolitik praxisgerecht umsetzen*

1786 Mit der Reform der EU-Agrarpolitik 2014 bis 2020 haben wir
1787 eine gute Grundlage geschaffen, damit sich die
1788 europäische Landwirtschaft und die ländlichen Räume gut
1789 entwickeln können. Die Beschlüsse müssen nun
1790 praxisgerecht und unbürokratisch umgesetzt werden. Wir
1791 wollen, dass die Gelder aus Brüssel zielgerichtet bei den
1792 Landwirten ankommen. Den Weg der Marktorientierung
1793 werden wir im Interesse unserer Landwirtschaft
1794 weitergehen. Aber die Bauern können sich ebenso darauf
1795 verlassen, dass sie in Krisenzeiten Unterstützung erhalten.
1796 Wir setzen auf nachhaltige Anbauverfahren, die wir
1797 insbesondere im Rahmen der ökologischen Vorrangflächen
1798 fördern wollen. Deshalb muss auf den sogenannten
1799 „Greening-Flächen“ eine landwirtschaftliche Produktion
1800 möglich bleiben. Damit soll Europa auch unabhängiger vom
1801 Import von Eiweißfuttermitteln werden. Ein ausreichender
1802 umweltschonender Pflanzenschutz und eine
1803 bedarfsgerechte Düngung sind für uns auch weiterhin Teil

1804 einer modernen und leistungsfähigen Landwirtschaft. Bei
1805 einer Zwischenbewertung der EU-Agrarpolitik in der Mitte
1806 der Förderperiode setzen wir auf Verlässlichkeit. Denn
1807 unsere Bauern benötigen Planungssicherheit für ihre
1808 Betriebs- und Investitionsentscheidungen.

1809 **63.**

1810 *Umwelt und Tierschutz – hohe europäische und*
1811 *internationale Standards*

1812 Wir arbeiten weiter daran, Landwirtschaft, Umweltschutz,
1813 Tierschutz und Tiergesundheit noch besser in Einklang zu
1814 bringen. Dies können wir nur zusammen mit den
1815 Landwirten erreichen. Deshalb setzen wir auf positive
1816 Anreize für die europäischen Landwirte, auf
1817 Forschungsförderung und eine EU-einheitliche
1818 Weiterentwicklung der Standards. Diese müssen in allen
1819 Mitgliedstaaten konsequent umgesetzt werden. Nur so
1820 können wir die Tierhaltung in Europa weiterentwickeln, den
1821 Tierschutz vorantreiben, effektive Strategien zur
1822 Bekämpfung von gefährlichen Tierseuchen und zur
1823 Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes entwickeln. Wir
1824 wollen höchste Tierschutz- und Umweltschutzstandards mit
1825 einer wettbewerbsfähigen Produktion in Europa verbinden.
1826 Letztlich streben wir einheitliche internationale Regelungen
1827 an.

1828 Unsere hohen Standards müssen bei Handelsabkommen
1829 berücksichtigt werden. Bei diesen wollen wir auch einen
1830 einfachen und schnellen Zugang unserer Agrarwirtschaft zu
1831 den Märkten in Drittstaaten erreichen.

1832 *Saatgutvielfalt sichern*

1833 Bei den Beratungen über eine Saatgutverordnung in der
1834 Europäischen Union setzen wir uns dafür ein, dass die

1835 Sortenvielfalt, eine hohe Saatgutqualität und damit auch die
1836 Wahlfreiheit der Bauern erhalten werden. Die Interessen
1837 kleinerer und mittlerer Züchter, von Saatgutbetrieben sowie
1838 der privaten Gärtner und Hobbyzüchter müssen gewahrt
1839 werden. Alte und seltene Saatgutsorten sollen weiterhin
1840 regional frei handelbar sein.

1841 **64.**

1842 *Schutz der Kulturlandschaft und der Wälder*

1843 Unser Ziel ist der Schutz der Kulturlandschaft und eine
1844 flächendeckende Bewirtschaftung von Agrarflächen auch
1845 dort, wo es schwierig ist, wie zum Beispiel in Berg- oder
1846 Grünlandgebieten mit Wiesen und Weiden. Die Betriebe
1847 dort sind für lokale Kreisläufe, den Tourismus und die
1848 ländliche Infrastruktur wichtig. Die Landwirtschaft in
1849 benachteiligten Gebieten werden wir weiterhin unterstützen
1850 und regionale Kreisläufe und Wertschöpfung fördern.
1851 Deshalb treten wir auch weiterhin für den EU-weiten Schutz
1852 regionaler Ursprungsbezeichnungen von Nahrungsmitteln
1853 wie Allgäuer Emmentaler, Altenburger Ziegenkäse,
1854 Lüneburger Heidschnucke oder Odenwälder
1855 Frühstückskäse ein.

1856 Land- und Forstwirtschaft in Europa können einen
1857 wichtigen Beitrag zur umweltfreundlichen
1858 Energieversorgung und zur Erreichung unserer
1859 Klimaschutzziele leisten. Nachwachsende Rohstoffe und
1860 Bioenergie müssen umweltfreundlich erzeugt sein. Deshalb
1861 setzen wir uns für effektive Zertifizierungssysteme für die
1862 Biomasse und den Einsatz von Reststoffen ein.

1863 40 Prozent Europas werden von Wäldern bedeckt. Sie sind
1864 ein einzigartiger Schatz wertvoller Ökosysteme, eine
1865 wichtige Einnahmequelle in ländlichen Regionen und die

1866 Grundlage unserer leistungsfähigen Forst- und
1867 Holzwirtschaft. Wir wollen sie erhalten und befürworten
1868 eine neue EU-Forststrategie, über die die Mitgliedstaaten
1869 ihre Forstpolitik abstimmen. Sie soll in Zukunft noch mehr
1870 als bisher das Prinzip der nachhaltigen Bewirtschaftung in
1871 den Mittelpunkt stellen. Die Zuständigkeit in der Forstpolitik
1872 muss aber weiterhin bei den Mitgliedstaaten verbleiben.

1873 **65.**

1874 **3.3 Gemeinsame Verantwortung – Europäische Umwelt- und**
1875 **Klimapolitik**

1876 Die Bewahrung der Schöpfung ist gerade aus christlicher
1877 Perspektive eine herausragende Aufgabe. Wir tragen nicht
1878 nur Verantwortung für die heutige Generation, sondern
1879 auch dafür, dass unsere Kinder und Enkel in einer guten
1880 und gesunden Umwelt aufwachsen können. Bei vielen
1881 Umweltproblemen benötigen wir eine engere europäische
1882 Zusammenarbeit, weil Schadstoffe keine Grenzen kennen
1883 und einseitige nationale Maßnahmen die
1884 Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie aufs Spiel setzen.
1885 Darum wollen wir möglichst viel gemeinsam erreichen.

1886 *Bekämpfung des Klimawandels*

1887 Die Bekämpfung des Klimawandels erfordert gemeinsame
1888 Maßnahmen. Wir werden uns weiter engagiert für eine
1889 europäische Führungsrolle im weltweiten Klimaschutz
1890 einsetzen. Es ist gelungen, die Weltgemeinschaft auf das
1891 Ziel zu verpflichten, dass sich die Erdatmosphäre nur um
1892 maximal zwei Grad gegenüber dem vorindustriellen
1893 Zeitalter erwärmen soll. Viele andere Länder und Regionen
1894 der Welt haben begonnen, Klimaschutzmaßnahmen
1895 umzusetzen. Wir setzen uns mit Nachdruck für ein
1896 verbindliches weltweites Klimaschutzabkommen ein, das
1897 sich an das Kyoto-Abkommen anschließt. Dabei müssen

1898 nicht nur die Industrieländer, sondern auch wichtige
1899 Schwellenländer konkrete Verpflichtungen übernehmen.

1900 Wir bekennen uns zu dem Ziel, Treibhausgase bis zum Jahr
1901 2030 um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu verringern. Ein
1902 Zieldreieck aus Treibhausgasreduktion, Ausbau der
1903 Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz halten wir
1904 weiterhin für sinnvoll und werden uns in Europa dafür
1905 einsetzen.

1906 **66.**

1907 *Reform des Emissionshandels*

1908 Das zentrale marktwirtschaftliche Mittel der europäischen
1909 Klimapolitik ist der Emissionshandel. Wir setzen uns dafür
1910 ein, dass dessen gegenwärtige Probleme beseitigt und
1911 wirksame Anreize gesetzt werden, klimaschädliche
1912 Treibhausgase zu vermeiden. Die Anzahl der
1913 Verschmutzungsrechte soll gemäß den EU-Klimazielen
1914 verringert und dabei die marktwirtschaftliche Struktur des
1915 Emissionshandelssystems gewahrt werden. Darüber hinaus
1916 ist es unser Ziel, möglichst viele Länder einzubeziehen und
1917 ein weltweites Handelssystem zu entwickeln.

1918 *Ressourceneffizienz verbessern*

1919 Wir setzen uns dafür ein, den Rohstoff- und
1920 Energieverbrauch weiter zu senken und vom
1921 Wirtschaftswachstum zu entkoppeln. Eine höhere
1922 Ressourceneffizienz stärkt Innovationen,
1923 Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze und hat erhebliche
1924 Vorteile für Umwelt und Gesundheit. Wir wollen die Abfälle
1925 weiter verringern und die Möglichkeiten der
1926 Wiederverwertung in vollem Umfang nutzen. Wir wollen die
1927 Sammel Mengen von Elektro- und Elektronikschrott
1928 erhöhen, Rücknahmesysteme für wieder verwendbare

1929 Produkte ausbauen und die Rückgabe von
1930 Gebrauchtgeräten erleichtern. In unserer Umweltpolitik
1931 setzen wir vor allem auf Anreize und marktwirtschaftliche
1932 Instrumente. Ordnungsrecht sollte mit Augenmaß
1933 eingesetzt werden. Daher werden wir uns für eine maßvolle
1934 Umsetzung der Ökodesign-Richtlinie einsetzen.

1935 **67.**

1936 *Gewässer- und Meeresschutz*

1937 Den Gewässer- und Meeresschutz wollen wir verstärken.
1938 Wir setzen uns für ein Schutzgebietsnetz für
1939 Hochseegebiete und für Verhandlungen zu einem
1940 internationalen Durchführungsübereinkommen ein, mit dem
1941 die Zuständigkeiten und die Zusammenarbeit der
1942 betroffenen internationalen Organisation zum Schutz der
1943 Hohen See und zur Ausweisung von Meeresschutzgebieten
1944 festgelegt werden. Die EU-Meeresstrategierahmenrichtlinie
1945 wollen wir umsetzen und den geforderten guten
1946 Umweltzustand in den deutschen Meeresgewässern bis
1947 spätestens 2020 erreichen. Dazu gehört die Ausweisung
1948 von Schutzgebieten, die Bekämpfung der Überfischung und
1949 klare Regeln für Tiefseebergbau und Öl- oder Gasförderung
1950 aus großen Tiefen. Wir setzen uns für eine integrierte
1951 europäische Meerespolitik ein, die die Förderung der
1952 Schifffahrt mit Umweltschutz und einer nachhaltigen
1953 Bewirtschaftung der Meere verbindet. Das Problem der
1954 zunehmenden Belastung der Weltmeere durch Plastikmüll
1955 wollen wir gemeinsam mit den europäischen Partnern
1956 angehen. Einem Verbot oder einer Belastung der
1957 Verbraucher durch ein Pfand stehen wir jedoch kritisch
1958 gegenüber. Wir setzen auf das bewährte System des
1959 Recyclings in Deutschland.

1960 *Fracking – Vorrang für den Umweltschutz*
1961 Im Hinblick auf eine Gewinnung von Gas durch das
1962 sogenannte Fracking ist für die CDU klar: Gefahren für die
1963 Menschen und unser Trinkwasser müssen dabei
1964 ausgeschlossen werden. Die Sicherheit hat für uns
1965 absoluten Vorrang. Eine Gasgewinnung mittels
1966 gesundheitsgefährdender Chemikalien lehnen wir ab.

1967 **68.**
1968 *Hochwasserschutz*
1969 Wir wollen den Hochwasserschutz stärken und den Flüssen
1970 wieder mehr Raum geben. Mit unseren europäischen
1971 Nachbarländern werden wir den Dialog zum
1972 Hochwasserschutz verstärken.

1973 *Schutz der Artenvielfalt*
1974 Wir wollen den Naturreichtum und die Artenvielfalt in
1975 Europa bewahren. Wir setzen uns für eine Stärkung des
1976 internationalen Schutzes der Artenvielfalt und für den
1977 Schutz, Erhalt und den Wiederaufbau von Wäldern ein. Den
1978 Wildtierschutz wollen wir verbessern und verstärkt gegen
1979 Wilderei und illegalen Wildtierhandel vorgehen. Gleiches
1980 gilt für den großflächigen Vogelfang mit Netzen. Den
1981 Artenschutz wollen wir im Rahmen internationaler
1982 Artenschutzabkommen stärken und effizienter sowie
1983 transparenter gestalten.

1984 Wir setzen uns für einen konsequenten und besseren
1985 Schutz der Wale ein, die im Ökosystem und in der
1986 Nahrungskette eine wichtige Rolle spielen. Wir stehen für
1987 eine nachhaltige europäische Fischereipolitik, deren Regeln
1988 für europäische Fischer auch außerhalb der Grenzen der
1989 europäischen Gewässer gelten müssen.

1990 **69.**

1991 **3.4 Verbraucherschutz und gute Lebensmittel –**

1992 **Vertrauen in Märkte und Produkte stärken**

1993 Die CDU setzt sich für ein verbraucherfreundliches Europa
1994 ein. Die Verbraucher sollen beim grenzüberschreitenden
1995 Einkauf, bei Bankgeschäften oder bei Reisen in die
1996 Regelungen der Märkte und die Wirtschaft vertrauen
1997 können. Wir wollen einen transparenten Binnenmarkt, auf
1998 dem sichere und gute Produkte zu fairen und nachhaltigen
1999 Bedingungen hergestellt und angeboten werden.
2000 Verbraucher sollen selbstbestimmt entscheiden können.
2001 Dafür brauchen sie verständliche und vergleichbare
2002 Angebote.

2003 *EU-Verbraucherpolitik weiterentwickeln*

2004 Wir arbeiten daran, das hohe deutsche Schutzniveau in
2005 ganz Europa zu verankern. Dabei haben wir schon viel
2006 erreicht: Die Lebensmittelkennzeichnung ist klar geregelt.
2007 Verständliche Angaben zu Nährwerten und Inhaltsstoffen
2008 werden Pflicht. Irreführende Werbeaussagen sind verboten.
2009 Auch bei Kosmetika muss nun besser über das
2010 Mindesthaltbarkeitsdatum, besondere
2011 Vorsichtsmaßnahmen für den Gebrauch und über die
2012 Bestandteile informiert werden. Reisende erhalten EU-weit
2013 verbindliche Entschädigungen bei Zug- und Flugausfällen
2014 oder -verspätungen. Die Reform der EU-Finanzmärkte
2015 schafft mehr Sicherheit für die Bankkunden. Diesen
2016 erfolgreichen Weg der Stärkung des Verbraucherschutzes
2017 insbesondere durch Transparenz und erhöhte
2018 Beratungsstandards werden wir konsequent weiter gehen.

2019 *Verbraucherrechte grenzüberschreitend durchsetzen*

2020 Die Durchsetzung der Verbraucherrechte muss
2021 grenzüberschreitend einfach, qualitativ hochwertig und

2022 kostengünstig sein. Deshalb werden wir in Deutschland die
2023 EU-Richtlinie über Alternative Streitbeilegung zeitnah und
2024 verbraucherfreundlich umsetzen. Wir wollen die Schaffung
2025 einer europaweiten Plattform für die Online-Streitbeilegung.
2026 Diese soll die nationalen Schlichtungsstellen vernetzen und
2027 den Verbrauchern und Händlern die Möglichkeit geben,
2028 Unstimmigkeiten bei Online-Käufen in ihrer Landessprache
2029 zu klären. Sammelklagen lehnen wir ab, da sie zu großen
2030 Unsicherheiten für Unternehmen und Verbraucher führen
2031 würden.

2032 Zur Verbesserung der Produktsicherheit setzen wir uns für
2033 ein europäisches Sicherheitszeichen entsprechend dem
2034 deutschen GS-Zeichen ein.

2035 **70.**

2036 *Lebensmittelsicherheit und -kennzeichnung weiter*
2037 *verbessern*

2038 Auf dem Europäischen Binnenmarkt wollen wir qualitativ
2039 hochwertige und sichere Nahrungsmittel. Wir werden
2040 Lebensmittelbetrug europaweit verhindern, schnell
2041 aufklären und hart bestrafen, damit sich Betrug in Zukunft
2042 nicht mehr lohnt. Wir setzen uns für eine Verstärkung der
2043 Einfuhrkontrollen an den Außengrenzen der Europäischen
2044 Union ein. Wir fordern einheitlich hohe Standards und eine
2045 hohe Kontrolldichte, die Rückverfolgbarkeit in der
2046 Lebensmittelkette sowie ein Frühwarnsystem. Verbraucher
2047 sollen nicht nur wissen, welche Inhaltsstoffe und wie viele
2048 Kalorien ein Lebensmittel enthält, sondern auch wie es
2049 hergestellt wurde. Deshalb setzen wir uns für eine
2050 verlässliche Tierwohlkennzeichnung und für eine
2051 verpflichtende Kennzeichnung für Produkte ein, die mit
2052 gentechnischen Verfahren hergestellt wurden. Hierzu
2053 gehört Fleisch von Tieren, die mit gentechnisch

2054 veränderten Pflanzen gefüttert wurden. Wir treten ebenso
2055 für ein Verbot des Klonens zur Lebensmittelherstellung und
2056 für ein Importverbot von geklonten Tieren ein. Wir fordern
2057 zudem, dass Tiere und tierische Produkte, die von
2058 geklonten Tieren und deren Nachkommen abstammen,
2059 gekennzeichnet werden. Für Lebensmittel soll es eine
2060 verpflichtende Kennzeichnung von Herkunfts- und
2061 Produktionsort geben. Damit wollen wir auch regional
2062 typische Spezialitäten stärken. Wir halten an unserem Ziel
2063 fest, Lebensmittelabfälle bis 2020 europaweit zu halbieren.
2064 Wir lehnen eine Bevormundung des Verbrauchers ab.
2065 Lebensmittel können nicht generell in gut und böse oder
2066 gesund und ungesund eingeteilt werden. Es kommt immer
2067 auf die individuelle Situation und die Menge an.

2068 Wir wollen den Menschen helfen, sich ausgewogen zu
2069 ernähren. Dabei muss bei Regulierungen auf die Belange
2070 von Verbrauchern und kleinen und mittleren Unternehmen
2071 geachtet werden. Wir wollen, dass die Verbraucher auch
2072 weiterhin die Vielfalt von regional und handwerklich
2073 erzeugten Lebensmitteln, wie Brot und Wurst vom örtlichen
2074 Bäcker und Metzger, genießen können. Dies gilt auch in
2075 dem Fall, dass die Europäische Kommission sogenannte
2076 Nährwertprofile vorlegt, die die typische
2077 Nährstoffzusammensetzung von Lebensmitteln
2078 beschreiben und Anforderungen für gesundheitsbezogene
2079 Angaben formulieren sollen.

2080 **71.**

2081 *Verbraucherrechte im digitalen Binnenmarkt*

2082 Die Verbraucher sollen auch im digitalen Binnenmarkt auf
2083 die Sicherheit ihrer Daten vertrauen können, sei es beim
2084 Online-Einkauf, bei Bankgeschäften oder in den sozialen
2085 Netzwerken. Wir setzen uns für verbraucherfreundliche

2086 Regelungen beim Datenschutz und datenschutzfreundliche
2087 Voreinstellungen von Diensten und Geräten ein. Wir wollen
2088 Sicherheit und Anwendungsfreundlichkeit von e-
2089 Signaturen, den schnellen Ausbau von
2090 Hochgeschwindigkeitsnetzen und die Sicherung der
2091 Netzneutralität.

2092 In den letzten Jahren wurden die Roaming-Gebühren
2093 abgesenkt. Nun wollen wir das endgültige Ende der
2094 Aufschläge und Extra-Gebühren bei der Nutzung von
2095 Handys und Smartphones in anderen EU-Ländern. Wer in
2096 der Europäischen Union Telefonate führt, SMS verschickt
2097 oder mobil surft, soll nicht mehr bezahlen als im
2098 Heimatland. Zum digitalen Binnenmarkt gehört zudem ein
2099 einheitlicher Stecker zum Laden von Mobilfunkgeräten.

2100 Zur Verbraucherfreundlichkeit gehört auch ein integrierter
2101 europäischer Markt für Karten-, Internet- und mobile
2102 Zahlungen. Unser Ziel ist Sicherheit bei allen Bezahlformen
2103 und der Abbau von zusätzlichen Gebühren in der EU.

2104 *Rechte der Urlauber*

2105 Wir werden die Rechte von Reisenden und Urlaubern weiter
2106 stärken. Bei der Neuregelung der
2107 Fluggastrechteverordnung und des Pauschalreiserechts
2108 setzen wir uns für den Erhalt des bestehenden
2109 Schutzniveaus ein. Wir wollen ein Verbot überhöhter
2110 Gebühren, z. B. für Namenswechsel oder verloren
2111 gegangene Reiseunterlagen. Die europäischen Vorschriften
2112 für Pauschalreisen wollen wir an das digitale Zeitalter
2113 anpassen. Urlauber sollen bei Online-Buchungen dieselben
2114 Rechte haben wie im Reisebüro.

2115 **72.**

2116 **3.5 Gesundheit in Europa – im Dienste der Menschen**

2117 Wir wollen, dass Europa weltweit Vorreiter für Innovation,
2118 Qualität und Sicherheit in der Gesundheitsversorgung
2119 bleibt. Schon heute arbeiten in Europa zehn Prozent der
2120 Erwerbstätigen – mehr als 20 Millionen Menschen – im
2121 Gesundheitsbereich.

2122 *Nationale Zuständigkeit – europäische Zusammenarbeit*

2123 Die Zuständigkeit und Verantwortung für die Organisation
2124 der Gesundheitswesen liegt allein bei den Mitgliedstaaten.
2125 Wir wollen die Vielfalt der historisch begründeten und
2126 politisch gewollten nationalen Gesundheitssysteme und die
2127 Kompetenz, sie eigenverantwortlich zu gestalten, auch in
2128 Zukunft erhalten. Die europäischen Institutionen sind aber
2129 verpflichtet, bei allen Maßnahmen ein hohes
2130 Gesundheitsschutzniveau sicherzustellen.

2131 Maßnahmen der europäischen Institutionen sollen durch
2132 offene Koordinierung den Austausch und die gemeinsame
2133 Festlegung von Zielmarken befördern. Besondere
2134 Bedeutung kommt der Europäischen Union in der
2135 Gestaltung der Gesundheitsversorgung immer dann zu,
2136 wenn grenzüberschreitende Fragen betroffen sind, etwa mit
2137 Blick auf die Patientenmobilität in Europa. Gerade in der
2138 grenzübergreifenden Zusammenarbeit stecken noch große
2139 Reserven, zum Beispiel bei der Krankenhausplanung, bei
2140 der ärztlichen Versorgung oder in der medizinischen
2141 Forschung. Bei akuten grenzüberschreitenden
2142 Gefahrenlagen – wie bei Seuchen – muss ein rasches
2143 Handeln möglich sein. Besondere Aufmerksamkeit verdient
2144 das steigende Problem der Antibiotikaresistenz. Wir setzen
2145 uns für europäische Zusammenarbeit zur Bekämpfung der

2146 Ursachen ein. Erfolgreiche Modelle aus einem Mitgliedstaat
2147 können europaweit übernommen werden.

2148 **73.**

2149 *Arzneimittel und Medizinprodukte*

2150 Im hoch innovativen Bereich der Arzneimittel und
2151 Medizinprodukte ist der europäische Binnenmarkt längst
2152 Wirklichkeit. Deutschland und Europa stehen mit ihren
2153 medizinischen und pharmazeutischen Produkten im
2154 weltweiten Wettbewerb. Regulierungen und Normen spielen
2155 dabei eine wesentliche Rolle für die Patienten und
2156 Unternehmen. Bestehende und bewährte Regelungen
2157 müssen daher immer wieder daraufhin überprüft werden,
2158 ob sie den aktuellen wissenschaftlichen Anforderungen an
2159 größtmöglicher Sicherheit für die Patienten auch weiterhin
2160 entsprechen. Hierbei gilt es, ein Gleichgewicht herzustellen,
2161 das medizinischen Fortschritt nicht behindert, sondern für
2162 Patienten schnell verfügbar macht. Dabei dürfen die
2163 berechtigten Sicherheitsbedürfnisse der Patienten nicht
2164 beeinträchtigt oder gefährdet werden.

2165 Innerhalb Europas und weltweit konkurrieren
2166 Gesundheitsregionen um die notwendigen Fachkräfte in
2167 Medizin und Pflege. Deutschland und Europa kommt hier
2168 eine besondere Verantwortung zu, der wir uns bewusst sind
2169 und die wir angesichts unserer demografischen
2170 Entwicklung nur gemeinsam meistern können.

2171 **74.**

2172 **3.6 Stadt, Land, Europa – Regionalpolitik für eine starke Heimat**

2173 Die CDU ist die Kommunalpartei in Deutschland. Unsere
2174 Städte, Landkreise und Gemeinden sollen auch in Zukunft
2175 ihren Bürgern eine lebenswerte Heimat sein können. Wir
2176 wollen dem Subsidiaritätsprinzip auf allen Ebenen Geltung

2177 verschaffen. Bundestag, Bundesrat sowie die kommunalen
2178 Spitzenverbände sollen im Prozess der europäischen
2179 Rechtsetzung rechtzeitig und angemessen beteiligt werden.

2180 Über 60 Prozent aller auf EU-Ebene verabschiedeten
2181 Richtlinien und Verordnungen sind für die kommunale
2182 Ebene bedeutsam. Das unterstreicht, wie wichtig eine
2183 starke Stimme der Kommunen in Brüssel und Straßburg ist.
2184 Deshalb werden wir uns auch in Zukunft stets für die
2185 Belange der Kommunen einsetzen. Wie europäische
2186 Vorgaben vor Ort umgesetzt werden können, ist nicht nur
2187 entscheidend für den Erfolg der Maßnahmen. Dies prägt
2188 auch wesentlich das Bild, das sich die Menschen von der
2189 Europäischen Union machen. Wir wollen ein bürgernahes
2190 und kommunalfreundliches Europa: Eine gute EU-
2191 Regionalpolitik, überschaubare und nachvollziehbare
2192 Regelungen sowie transparente Abläufe, möglichst wenig
2193 Bürokratie und nicht zuletzt eine zukunftsweisende
2194 regionale Förderpolitik. Dies sind die wichtigsten
2195 Bausteine, für die wir im Interesse unserer Kommunen in
2196 Europa arbeiten. Die in diesem Zusammenhang wichtige
2197 Bedeutung des „Ausschusses der Regionen“ (AdR) gilt es
2198 in Zukunft zu stärken. Es gilt, die Teilhabe und Mitwirkung
2199 des AdR an den Entscheidungsprozessen der
2200 Europäischen Kommission und des Europäischen
2201 Parlamentes zu intensivieren. Gerade aus Sicht der
2202 föderalen Struktur der Bundesrepublik und der
2203 europäischen Zielsetzung „Europa der Regionen“ muss
2204 dem Ausschuss der Regionen schrittweise mehr
2205 Kompetenz zuwachsen.

2206 Die Förderung strukturschwacher Regionen durch die
2207 Europäische Union hat viel dazu beigetragen, notwendigen
2208 Strukturwandel vor Ort zu bewältigen. Der erfolgreiche

2209 Aufbau Ost wäre ohne die tatkräftige Unterstützung
2210 Brüssels nicht möglich gewesen. In Zukunft wird es darum
2211 gehen, die Regionalförderung nach einheitlichen Kriterien
2212 in den neuen wie auch in den alten Ländern zu verstetigen.
2213 Wir setzen uns zudem dafür ein, dass der Aufbau Ost auch
2214 seitens der Europäischen Union weiterhin unterstützt wird.

2215 **75.**

2216 *Öffentliche Daseinsvorsorge sichern*

2217 Unsere historisch gewachsene kommunale und regionale
2218 Selbstverwaltung ist den Menschen wichtig. Wir wollen sie
2219 ebenso erhalten wie die qualitativ hochwertige öffentliche
2220 Daseinsvorsorge. Deshalb haben wir uns erfolgreich dafür
2221 eingesetzt, die Wasserversorgung aus dem
2222 Anwendungsbereich der künftigen
2223 EU-Konzessionsrichtlinie herauszunehmen. Das sichert
2224 auch in Zukunft eine qualitativ hochwertige und bezahlbare
2225 Wasserversorgung in unseren Kommunen.

2226 *Förderung des ländlichen Raumes*

2227 Die sich wandelnde Bevölkerung, der Strukturwandel in der
2228 Landwirtschaft und der Klimawandel stellen die ländlichen
2229 Räume überall in Europa vor ähnlich große
2230 Herausforderungen. Wir wollen die Städte und Gemeinden
2231 bei dieser Aufgabe weiterhin unterstützen. Deshalb werden
2232 wir uns für eine verlässliche Förderung der ländlichen
2233 Regionen einsetzen, damit sie uns auch künftig eine
2234 lebenswerte Heimat bleiben. Wir wollen die Infrastruktur
2235 stärken. Vor allem den Breitbandausbau werden wir
2236 vorantreiben, Landwirtschaft, Handwerk und
2237 mittelständische Industrie stärken und das Natur- und
2238 Kulturerbe der ländlichen Regionen erhalten.

2239 *Städtepartnerschaften – ein Band zwischen den Menschen*
2240 Die Partnerschaften zwischen deutschen und europäischen
2241 Städten wollen wir ausbauen. Mehr als 5000
2242 Partnerschaften sind ein starkes Zeichen für lebendige
2243 Begegnungen zwischen den Menschen, vor allem für die
2244 jungen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass
2245 Städtepartnerschaften unterstützt werden.

2246 **76.**

2247 **3.7 Vielfalt in Kultur und Medien – Europas Reichtum**

2248 Europa ist eine reiche Kultur- und Wertegemeinschaft. Die
2249 Europäer sind zu Recht stolz auf ihre kulturelle Vielfalt.
2250 Gerade in Krisenzeiten wirkt die Kultur identitäts- und
2251 gemeinschaftsstiftend. Dies zeigt: Die Europäische Union
2252 ist mehr als ein Binnenmarkt.

2253 Die kulturelle Vielfalt Europas zeigt sich vor allem in den
2254 unterschiedlichen europäischen Landschaften und
2255 Regionen. Die CDU bekennt sich daher ausdrücklich zur
2256 Kulturhoheit der Mitgliedstaaten und ihrer Regionen.

2257 *Förderprogramm „Kreatives Europa“*

2258 Die Kultur verbindet die Europäer auf einzigartige Weise.
2259 Deshalb unterstützen wir das EU-Programm „Kreatives
2260 Europa“ (2014-2020). Es führt wichtige Initiativen von
2261 grenzüberschreitender Bedeutung fort. Hierzu gehören
2262 beispielsweise die Aktion „Kulturhauptstädte Europas“, das
2263 „Europäische Kulturerbe-Siegel“ oder die „Europäischen
2264 Tage des Denkmals“. Auf diese Weise leistet das Programm
2265 einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung der kulturell-
2266 künstlerischen Bildung in Europa. Bei diesen Initiativen
2267 kommt den Mitgliedstaaten die tragende Rolle zu.

2268 *Modernes Urheberrecht*

2269 Wir wollen das Urheberrecht den Erfordernissen und
2270 Herausforderungen des digitalen Zeitalters anpassen. Ziel
2271 muss ein gerechter Ausgleich der Interessen von Urhebern,
2272 Verwertern und Nutzern sein. Markeninhaber, Urheber und
2273 andere Kreative vor Rechtsverletzungen im digitalen Netz
2274 brauchen wirkungsvollen Schutz. Deshalb streben wir den
2275 Ausbau verbindlicher europäischer und internationaler
2276 Vereinbarungen an.

2277 **77.**

2278 *Vielfalt und Qualität in der Medienlandschaft*

2279 Meinungs- und Informationsfreiheit sind notwendige
2280 Grundlagen unserer freiheitlich-demokratischen
2281 Grundordnung. Freie und starke Medien sind ein zentrales
2282 Element. Ihre Vielfalt wollen wir auch in Zukunft
2283 unterstützen. Wir wollen daher auch die
2284 Rahmenbedingungen in Europa so gestalten, dass sich die
2285 Medienlandschaft bestmöglich entwickeln und ihrem
2286 Kulturauftrag nachkommen kann.

2287 Zuschauer, Hörer oder Leser können nicht mehr
2288 unterscheiden, ob Inhalte beispielsweise über den
2289 „klassischen“ Rundfunk oder über das Internet zu ihm
2290 gelangen. Heute nutzen wir den Computer auch als
2291 Fernseher und gehen mit dem Fernseher auch ins Internet.
2292 Diese technische Konvergenz der Medien prägt die aktuelle
2293 Entwicklung der Medienwelt. In Zukunft werden sich daher
2294 medienrechtliche und netzpolitische Fragen immer stärker
2295 überschneiden. Die europäische Politik muss den
2296 Rechtsrahmen an die neuen Bedingungen anpassen.
2297 Angesichts der zunehmenden Konvergenz ist es wichtig,
2298 ein neues Verständnis zu entwickeln, wie audiovisuelle
2299 Medien, elektronische Dienste und Anwendungen

2300 zusammenwirken. Wir setzen uns hier für ein einheitliches
2301 Regulierungsniveau ein. Bestehende Überregulierung
2302 wollen wir abbauen.

2303 **78.**

2304 Wir wollen für alle Medien faire Wettbewerbschancen.
2305 Inhalte aller Medien müssen sich refinanzieren und es
2306 müssen sich neue Geschäftsmodelle entwickeln können.
2307 Wir setzen uns dafür ein, die Richtlinie über audiovisuelle
2308 Mediendienste zu überprüfen und anzupassen. So wollen
2309 wir beispielsweise die quantitativen Werberegeln
2310 deregulieren. Außerdem lehnen wir weitere Werbeverbote
2311 ab.

2312 Wir wollen mediale Vielfalt und journalistische
2313 Chancengleichheit im Internet auch auf europäischer Ebene
2314 sicherstellen. Deshalb setzen wir uns für Netzneutralität
2315 ein: Bestimmte Daten dürfen bei der Durchleitung im
2316 Internet nicht bevorzugt werden. Zudem wollen wir
2317 Plattformneutralität:

2318 Gleichgültig ob Smartphone, Tablet, PC oder internetfähiger
2319 Fernseher – Filme, Fernsehen und Videos müssen auf allen
2320 Endgeräten leicht auffindbar und zugänglich sein.

2321 Für den Erhalt des digitalen Antennenfernsehens (DVB-T2)
2322 müssen geeignete europäische Rahmenbedingungen
2323 geschaffen werden.

2324 Bei der Ausgestaltung der EU-Datenschutz-
2325 Grundverordnung ist darauf zu achten, dass
2326 Refinanzierungsmöglichkeiten der medialen
2327 Inhalteproduktion erhalten bleiben.

2328 Die bereits vielfältig bestehenden Aktivitäten zur
2329 Vermittlung von (digitaler) Medienkompetenz wollen wir
2330 stärken.

2331 *Zukunft des Buches*
2332 Eine lebendige Literatur ist ein elementarer Bestandteil
2333 unserer Kultur. Wir wollen daher auch im digitalen Zeitalter
2334 eine Zukunft für das Buch. Deshalb wollen wir den
2335 ermäßigten Mehrwertsteuersatz auch für elektronische
2336 Bücher und Hörbücher. Wir werden auf europäischer Ebene
2337 darauf hinwirken.

2338 **79.**

2339 **3.8 Generationengerechtes Europa – Bevölkerungswandel**
2340 **gestalten**

2341 Die Menschen in Europa leben erfreulicherweise immer
2342 länger. Jeden Tag nimmt die durchschnittliche
2343 Lebenserwartung in Deutschland um sechs Stunden zu.
2344 Gleichzeitig werden aber weniger Kinder als früher
2345 geboren. Die Zahl der Menschen mit
2346 Zuwanderungsgeschichte nimmt zu. Dadurch wird unsere
2347 Gesellschaft älter, vielfältiger, aber auch kleiner. Diese
2348 Entwicklung trifft alle Länder in Europa und stellt für
2349 unseren gesamten Kontinent eine große Herausforderung
2350 dar. Unser Ziel ist, auch bei einer langfristig kleiner und
2351 älter werdenden Bevölkerung zu den innovativsten und
2352 wettbewerbsfähigsten Regionen der Welt zu gehören.
2353 Genauso wollen wir aber auch die Voraussetzungen
2354 schaffen, dass überall in Europa wieder mehr Familien
2355 gegründet und Kinder geboren werden.

2356 *Voneinander lernen*
2357 Deutschland nimmt eine Vorreiterrolle bei der Frage ein, wie
2358 auf diese Veränderungen reagiert werden kann: Wir haben

2359 unsere sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest
2360 aufgestellt. Unsere solide Finanzpolitik ist ein Beitrag zu
2361 mehr Generationengerechtigkeit. Mit neuen Konzepten
2362 gelingt es uns, auch in dünnbesiedelten Regionen eine gute
2363 Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Deutschland
2364 kann sich hier zum innovativen Leitmarkt entwickeln und
2365 ganz Europa wichtige Impulse geben. Gerade im Osten
2366 Deutschlands sind die Veränderungen besonders schnell
2367 vorangeschritten. Dort haben wir Regionen, in denen sich
2368 die Bevölkerungsdichte in den vergangenen 20 Jahren
2369 nahezu halbiert hat. Hier sind bereits viele regionale
2370 Modelle und Lösungskonzepte umgesetzt worden. Die so
2371 gewonnenen Erfahrungen wollen wir auch für andere
2372 Länder und Regionen zugänglich machen.

2373 Der Bevölkerungswandel ist jedoch eine Herausforderung,
2374 die alle gesellschaftlichen Gruppen angeht. Die
2375 Europäische Kommission muss deshalb mit ihrer
2376 Förderpolitik darauf reagieren.

2377 **80.**

2378 *Europäisches Demografieforum*

2379 Wir setzen uns dafür ein, das Europäische
2380 Demografieforum weiterzuentwickeln. Seit 2006 beraten
2381 dort politische Entscheidungsträger, Sachverständige und
2382 Interessenvertreter aus ganz Europa über Antworten auf
2383 den demografischen Wandel. Auch der Europäische
2384 Demografiebericht soll als Instrument der Bewertung von
2385 bereits auf den Weg gebrachten Maßnahmen
2386 fortgeschrieben werden. Schließlich müssen die
2387 verschiedenen Demografiestrategien und Maßnahmen der
2388 Länder und Regionen grenzübergreifend besser bekannt
2389 gemacht werden. Ein gutes Beispiel hierfür ist das
2390 „Demographic Change Regions Network“ (DCRN), in dem

2391 sich verschiedene vom Wandel besonders betroffene
2392 Regionen zu einem Netzwerk zusammengeschlossen
2393 haben.

2394 *Besonders betroffene Regionen besser fördern*

2395 Für viele Regionen ist es schwer, den Bevölkerungswandel
2396 zu bewältigen. Damit sind auch finanzielle Anstrengungen
2397 verbunden. Wir wollen deshalb, dass in den Strukturfonds
2398 neue Schwerpunkte gesetzt werden, die die Folgen der
2399 Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Regionen
2400 stärker berücksichtigen.

2401 *Mit mehr Flexibilität den Anpassungsprozess gestalten*

2402 Ein wichtige Hilfe für die betroffenen Länder und Regionen
2403 können auch mehr und besser nutzbare
2404 Handlungsspielräume sein, mit denen sie flexibel auf
2405 Änderungen reagieren können, die auf sie zukommen.
2406 Besonders stark vom Bevölkerungsrückgang betroffenen
2407 Ländern wollen wir daher mit Erprobungsklauseln in
2408 Vorschriften und Gesetzen die Möglichkeit eröffnen, von
2409 europäischen Standards vorübergehend abweichen zu
2410 können.

2411 **81.**

2412 *Solidarität zwischen den Generationen stärken*

2413 Wir wollen möglichst vielen Menschen ermöglichen, bis ins
2414 hohe Alter selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben
2415 teilzuhaben. Einen wichtigen Beitrag dazu leisten auch
2416 unsere Mehrgenerationenhäuser. Wir wollen sie zu
2417 sorgenden Gemeinschaften weiterentwickeln und auch bei
2418 unseren europäischen Nachbarn für diese Idee werben.

2419 Ältere Menschen haben einen großen Erfahrungsschatz,
2420 den wir besser und stärker nutzen wollen. Dies ist zum

2421 Vorteil aller Generationen. Wir wenden uns gegen jede Art
2422 der Altersdiskriminierung. Wir wollen daher Projekte
2423 unterstützen, die Europa altersfreundlicher machen und
2424 den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Auf diesem
2425 Weg wollen wir die Lebensqualität und Gesundheit älterer
2426 Menschen und zugleich den barrierefreien Zugang zu
2427 Leistungen in allen gesellschaftlichen Bereichen
2428 verbessern. Davon profitieren auch junge Familien oder
2429 Menschen mit Behinderung.

2430 Deutschland hat mit der Rente mit 67 einen wichtigen
2431 Schritt für ein stabiles und generationengerechtes
2432 Rentensystem gemacht. Wir ermutigen die anderen Staaten
2433 der Europäischen Union, ihre Systeme zur Alterssicherung
2434 ebenso zukunftsicher aufzustellen und längere
2435 Lebensarbeitszeiten in Betracht zu ziehen. Das Ziel muss
2436 sein, die jüngere und ältere Generation gleichermaßen im
2437 Arbeitsmarkt zu integrieren.

2438 **82.**

2439 **3.9 Menschen mit Behinderung – für ein gutes Miteinander**

2440 In der Europäischen Union leben rund 80 Millionen
2441 Menschen mit einer Behinderung. Das sind 16 Prozent der
2442 Gesamtbevölkerung. Menschen mit und ohne Behinderung
2443 leben häufig noch in zwei getrennten Welten. Das wollen
2444 wir ändern.

2445 Die Europäische Union hat ebenfalls die UN-Konvention
2446 über die Rechte von Menschen mit Behinderung
2447 unterschrieben und ratifiziert. Sie hat sich damit
2448 verpflichtet, die Konvention in ihren
2449 Zuständigkeitsbereichen umzusetzen. Zudem soll sie die
2450 Mitgliedstaaten bei der Umsetzung in den Bereichen
2451 nationaler Zuständigkeit begleiten und unterstützen.

2452 Die CDU bekennt sich zur UN-Konvention und den dort
2453 verankerten Rechten für Menschen mit Behinderung.
2454 Deswegen setzen wir uns für eine Umsetzung der
2455 „Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit
2456 Behinderung 2010-2020“ sowie für ihre Weiterentwicklung
2457 ein.

2458 *Barrierefreiheit*

2459 Wir setzen uns dafür ein, dass in ganz Europa das
2460 Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung eine
2461 Selbstverständlichkeit wird. Eine wichtige Voraussetzung
2462 hierfür ist die Schaffung von Barrierefreiheit auf allen
2463 gesellschaftlichen Ebenen, im Wohnungs- und Straßenbau,
2464 im Verkehr, in der Kommunikation, im Sport, in der Freizeit
2465 und Kultur.

2466 *Inklusive Bildung*

2467 Wir stehen für inklusive Bildung. Wir wollen, dass allen
2468 Menschen die gleichen Möglichkeiten für eine lebenslange
2469 und hochwertige Bildung, unter Berücksichtigung ihrer
2470 individuellen Lernbedürfnisse, offenstehen.

2471 *Chancen auf dem Arbeitsmarkt*

2472 Die CDU setzt sich dafür ein, dass Menschen mit
2473 Behinderung mehr Chancen auf einen Arbeitsplatz haben.
2474 Dies gilt insbesondere auch für Jugendliche mit
2475 Behinderung. Wir brauchen ein größeres Angebot an
2476 Ausbildungs- und Arbeitsplätzen.

2477 Um unser Ziel einer inklusiven Gesellschaft zu erreichen,
2478 soll die EU-Gesetzgebung in allen Politikbereichen die
2479 Belange von Menschen mit Behinderung ausreichend
2480 berücksichtigen. Dabei ist die Beteiligung von Menschen

2481 mit Behinderung als Experten in eigener Sache
2482 sicherzustellen.

2483 **83.**

2484 **3.10 Ehrenamt und Bürgerbeteiligung – Teilhabe und**
2485 **Verantwortung**

2486 Die Europäische Union ist ein wichtiger Bestandteil unserer
2487 Lebenswirklichkeit, zu der auch das aktive Engagement der
2488 Bürger gehört. Wir wollen daher, dass sich die Menschen
2489 verstärkt auch als Europäer fühlen und sich mit der
2490 Europäischen Union identifizieren.

2491 *Europäischer Freiwilligendienst*

2492 Wir werden daher die Projekte im Rahmen der
2493 Begegnungskultur, des Jugendaustauschs,
2494 Bürgerbegegnungen im Rahmen von
2495 Städtepartnerschaften, Vernetzung von Partnerstädten und
2496 Bürgerprojekte wie Bürgercafés oder Bürgergremien
2497 fortführen und stärken. Wir unterstützen die
2498 grenzüberschreitende Zusammenarbeit von
2499 zivilgesellschaftlichen Organisationen wie
2500 Forschungseinrichtungen, Vereinen, Verbänden,
2501 Gewerkschaften, Bildungseinrichtungen, kirchlichen und
2502 karitativen Organisationen. Dabei setzen wir uns besonders
2503 für den Ausbau der Europäischen Freiwilligendienste ein.

2504 *Politische Teilhabe und Bürgerbeteiligung*

2505 Wir setzen uns dafür ein, die Bürger aktiv an der Gestaltung
2506 europäischer Politik zu beteiligen. Als Instrument für
2507 politische Teilhabe liegt uns die Europäische
2508 Bürgerinitiative besonders am Herzen. Damit können eine
2509 Million EU-Bürger die Europäische Kommission auffordern,
2510 sich mit einem Thema zu befassen oder eine
2511 Gesetzesinitiative zu ergreifen.

2512 Die Bürger Europas wollen aktiv und unmittelbar an
2513 Entscheidungen mitwirken, die ihr Lebensumfeld betreffen.
2514 Im Interesse größerer Bürgernähe müssen alle
2515 europäischen Entscheidungen für die Bürger
2516 nachvollziehbar sein. Informationen müssen einfach,
2517 verständlich und leicht zu finden sein. Wir setzen uns
2518 deshalb dafür ein, Deutsch als meistgesprochene
2519 Muttersprache in der Europäischen Union weiter zu stärken.
2520 Unser Ziel ist, dass Deutsch in den EU-Behörden mit dem
2521 Englischen und Französischen gleichbehandelt wird.

2522 **84.**

2523 **3.11 Kirchen und Religionsgemeinschaften – Glaube achten,**
2524 **Werte leben**

2525 Wir wollen ein Europa, das sich zu seinen christlich-
2526 abendländischen Wurzeln und den Ideen der Aufklärung
2527 bekennt und aus ihnen lebt. Wir halten an unserem Ziel fest,
2528 auf lange Sicht die im Grundgesetz betonte Verantwortung
2529 vor Gott auch im EU-Vertrag deutlich zu machen.

2530 *Vermittler von Werten in Europa*

2531 Die Rolle der Kirchen in den europäischen
2532 Entscheidungsprozessen wollen wir stärken. Wir wollen
2533 uns dafür einsetzen, dass sie an den für sie relevanten
2534 europäischen Gesetzgebungsprozessen besser beteiligt
2535 werden, indem sie unter anderem bessere Informations-,
2536 Vorschlags- und Anhörungsrechte erhalten. Ihre im Vertrag
2537 vorgesehenen Rechte sollen in der Praxis besser
2538 ausgestaltet werden.

2539 *Nationale Traditionen achten*

2540 Dabei bleibt es in der Zuständigkeit der einzelnen
2541 Mitgliedstaaten, ihr eigenes Verhältnis zu ihren Kirchen und

2542 Religionsgemeinschaften frei zu gestalten. Es ist daher
2543 darauf zu achten, dass europäisches Recht die
2544 staatskirchenrechtlichen Verhältnisse in den
2545 Mitgliedstaaten weder direkt noch indirekt verändert. Dies
2546 gilt insbesondere für alle Fragen, die in den Mitgliedstaaten
2547 der eigenen Ausgestaltung durch Kirchen und
2548 Religionsgemeinschaften unterliegen.

2549 **85.**

2550 **3.12 Vertriebene und nationale Minderheiten – lebendige Vielfalt**

2551 Die CDU bekennt sich zum Schutz nationaler Minderheiten
2552 in der Europäischen Union. Ihre Sprache und Kultur als
2553 Ausdruck ihrer Identität sind eine Bereicherung für die
2554 Kultur in Europa. Sie zu bewahren und zu fördern, ist auch
2555 eine europäische Aufgabe. Insbesondere müssen nationale
2556 Minderheiten in die Lage versetzt werden, in ihren
2557 angestammten Heimat- und Siedlungsgebieten zu leben, zu
2558 arbeiten sowie ihre Sprache und kulturellen Traditionen zu
2559 pflegen, ohne diskriminiert zu werden.

2560 *Die Heimatvertriebenen – Brücke zu unseren Nachbarn*

2561 Die deutschen Heimatvertriebenen, die deutschen
2562 Aussiedler und Spätaussiedler sowie die deutschen
2563 Volksgruppen in Mittel- und Osteuropa haben eine wichtige
2564 Brückenfunktion bei der Zusammenarbeit Deutschlands mit
2565 den östlichen Nachbarstaaten. Unsere Hilfen für die
2566 deutschen Volksgruppen in Mittel- und Osteuropa werden
2567 wir fortsetzen. Wir verpflichten uns weiterhin zur Förderung
2568 der vier nationalen Minderheiten in Deutschland – Dänen,
2569 Sorben, Friesen sowie deutsche Sinti und Roma – und der
2570 deutschen Minderheit in Dänemark.

2571 *Recht auf die Heimat*
2572 Die in der Europäischen Union geltende Freizügigkeit ist ein
2573 Schritt hin zur Verwirklichung des Rechts auf die Heimat
2574 auch der deutschen Vertriebenen – in einem Europa, in dem
2575 die Völker und Volksgruppen einträchtig zusammenleben.
2576 Auch die jüngere europäische Geschichte macht deutlich,
2577 dass Vertreibungen jeder Art international geächtet und
2578 verletzte Rechte anerkannt werden müssen.

2579 **86.**

2580 **4. Europa: In Freiheit und Sicherheit leben**

2581 Die Menschen in Europa leben in Freiheit und Sicherheit.
2582 Das ist mit Blick auf die Geschichte unseres Kontinents
2583 keine Selbstverständlichkeit, sondern eine große
2584 Errungenschaft. Den gemeinsamen Raum der Freiheit, der
2585 Sicherheit und des Rechts in Europa wollen wir bewahren.

2586 Die offenen Grenzen in Europa verdanken wir der
2587 erfolgreichen europäischen Einigung. Sie sind ein Gewinn
2588 für uns alle. Diese Freiheit gilt es sowohl nach innen wie
2589 nach außen zu schützen. Auch bei offenen Grenzen muss
2590 die Sicherheit der Menschen in Europa gewährleistet sein.
2591 Mit den Osterweiterungen der Europäischen Union sind die
2592 Herausforderungen hierfür gewachsen.

2593 **4.1 Grenzüberschreitende und Organisierte Kriminalität** 2594 **wirksam bekämpfen**

2595 Die innere Sicherheit in einem geeinten Europa wollen wir
2596 weiter verbessern. Dafür werden wir die vertrauensvolle
2597 Zusammenarbeit und den Austausch von Informationen
2598 zwischen den Sicherheitsbehörden der EU-Mitgliedstaaten
2599 weiter stärken. So wollen wir die volle Funktionsfähigkeit
2600 des Schengen-Raumes sicherstellen.

2601 *Sicherheit im Schengen-Raum*
2602 Die entfallenen Grenzkontrollen im Schengen-Raum wollen
2603 wir auch künftig durch Kontrollen ohne Anlass entlang der
2604 deutschen Grenzen ausgleichen. Die Beschränkung der
2605 europäischen Visumpolitik auf die Alternativen Visumpflicht
2606 oder aber völliger Verzicht auf Kontrolle vor der Einreise ist
2607 nicht mehr zeitgemäß. Deshalb setzen wir auf elektronische
2608 Verfahren zur Reisegenehmigung, mit denen andere
2609 Staaten bereits gute Erfahrungen gesammelt haben. Wir
2610 wollen die Vorteile dieser Verfahren auch für die
2611 Europäische Union nutzen und ein europäisches Ein- und
2612 Ausreiseregister aufbauen; dabei muss der Datenschutz
2613 besonders beachtet werden. Dies schafft einen
2614 Sicherheitsausgleich für weitere Lockerungen bei der
2615 Visumpflicht und visumfreies Reisen für
2616 Drittstaatsangehörige. Die Aussetzung der Visumfreiheit in
2617 besonderen Lagen muss weiterhin möglich sein.

2618 **87.**
2619 *Kampf gegen Kriminalität in Grenzregionen*
2620 Besondere Aufmerksamkeit verlangt der Kampf gegen
2621 steigende Kriminalität in den grenznahen Regionen zu
2622 Polen und Tschechien. Vor allem gegen Menschen- und
2623 Drogenhandel sowie gegen Einbruchs- und Kfz-Diebstähle
2624 werden wir konsequent vorgehen. Wir wollen für eine
2625 angemessene Ausstattung der Polizeikräfte in den Gebieten
2626 an den deutschen Grenzen sorgen. Zudem wollen wir die
2627 Zusammenarbeit von Bundespolizei und der jeweiligen
2628 Landespolizei in Grenznähe noch enger verzahnen. An die
2629 Erfolge der grenzüberschreitenden polizeilichen
2630 Zusammenarbeit wollen wir anknüpfen. Hierzu zählen
2631 insbesondere die gemeinsam mit unseren europäischen
2632 Nachbarn aufgebauten polizeilichen Zentren.

2633 *Kampf gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution*
2634 Wir wollen Frauen vor Menschenhandel, Gewalt und
2635 Zwangsprostitution besser schützen. Täter wollen wir
2636 konsequenter bestrafen. Auch auf europäischer Ebene
2637 muss das Hauptaugenmerk auf Regelungen liegen, die die
2638 Strafverfolgung der Täter verstärken und den Opferschutz
2639 betonen. Die CDU setzt sich für eine zügige Umsetzung der
2640 EU-Strategie zur Beseitigung des Menschenhandels in
2641 nationales Recht ein.

2642 *Zusammenarbeit von Justiz und Zoll*
2643 Die Zusammenarbeit von Justiz und Zoll zwischen den EU-
2644 Mitgliedstaaten sowie mit Drittländern wollen wir weiter
2645 stärken. Dabei ist der Europäische Haftbefehl eines der
2646 erfolgreichsten Werkzeuge, um die justizielle
2647 Zusammenarbeit zu fördern. Mit einer wirksamen
2648 Koordinierung von Fahndungen wollen wir die nachhaltige
2649 Zerschlagung krimineller Netzwerke ermöglichen.
2650 Besonders wichtig ist dabei die volle Anerkennung von
2651 Beweismitteln, Urteilen und Einziehungsentscheidungen in
2652 allen Mitgliedstaaten. Die CDU befürwortet zudem einen
2653 Europäischen Untersuchungsbeschluss. Dieser würde es
2654 einfacher machen, Informationen und Beweismittel
2655 grenzüberschreitend zu beschaffen.

2656 **88.**

2657 **4.2 Offene Grenzen im Innern – sichere Außengrenzen** 2658 **gewährleisten**

2659 Ein wirksamer Schutz der Außengrenzen ist ein Garant für
2660 die Sicherheit in Europa. Mit der Abschaffung der
2661 Binnengrenzen haben die Schengen-Staaten die Kontrollen
2662 an den gemeinsamen Außengrenzen verstärkt. So erhöhen
2663 sie die Sicherheit für die Menschen, die in der
2664 Europäischen Union leben und reisen.

2665 An seinen Außengrenzen ist der Schengen-Raum jedoch
2666 weiterhin durch illegale Zuwanderung, Menschen-, Waffen-
2667 und Drogenhandel sowie den internationalen Terrorismus
2668 bedroht. Für die Sicherung der Außengrenzen wollen wir
2669 die erfolgreiche Arbeit der europäischen Agentur FRONTEX
2670 weiter stärken. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union
2671 müssen auch in Zukunft bei der Grenzverwaltung eng
2672 zusammenarbeiten. Dies gilt ebenso für die
2673 Zusammenarbeit mit den Grenz- und Zollbehörden von
2674 Drittländern.

2675 **89.**

2676 **4.3 Gemeinsame Flüchtlings- und Asylpolitik –**
2677 **Schutzbedürftigen helfen**

2678 Die schrecklichen Bilder der ertrinkenden Flüchtlinge vor
2679 den Küsten Europas haben viele Menschen tief bewegt.
2680 Wenn Boote im Mittelmeer kentern, dann ist es die erste
2681 und oberste Pflicht, Menschenleben zu retten. Wir treten für
2682 den Schutz politisch Verfolgter ein. Das entspricht unserem
2683 Grundgesetz und unserer christlichen Überzeugung. Wer
2684 politisch verfolgt wird und schutzbedürftig ist, muss auf
2685 Deutschland und Europa vertrauen können.

2686 *Gemeinsames Europäisches Asylsystem*

2687 Wir haben die rechtlichen Grundlagen für einen Raum des
2688 Flüchtlingsschutzes und der Solidarität in der
2689 Europäischen Union geschaffen. Mit dem Gemeinsamen
2690 Europäischen Asylsystem haben wir hohe Schutzstandards
2691 für Flüchtlinge errichtet. Damit verfügt die Europäische
2692 Union über ein Asyl- und Flüchtlingsschutzrecht, das
2693 weltweit zu den modernsten und weitreichendsten zählt.

2694 Das Dublin-Verfahren hat sich grundsätzlich bewährt.
2695 Danach ist ein Asylgesuch in dem Mitgliedstaat zu stellen,

2696 in dem der Asylsuchende erstmals in die Europäische
2697 Union gelangt ist. In der Praxis weist das Verfahren jedoch
2698 Mängel auf. Insbesondere scheitert bei einer großen Zahl
2699 der Fälle die Überstellung in den eigentlich zuständigen
2700 Mitgliedstaat. Wir müssen weiterhin auf ein
2701 funktionierendes Gemeinsames Asylsystem vertrauen.
2702 Denn kein Mitgliedstaat kann die anstehenden Probleme
2703 alleine lösen. Hierfür wollen wir die Umsetzung des
2704 Gemeinsamen Asylsystems vorantreiben und die
2705 praktische Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten
2706 verstärken. Wir werden darauf drängen, dass alle
2707 Mitgliedstaaten die gemeinsamen Asylregelungen in der
2708 Praxis tatsächlich anwenden. Für uns gilt weiterhin das
2709 Prinzip: Einheitliches Schutzniveau und solidarische
2710 Lastenteilung.

2711 Bosnien und Herzegowina, Mazedonien sowie Serbien
2712 haben eine Perspektive als EU-Mitglieder und müssen
2713 insofern künftig als sichere Herkunftsstaaten gelten.
2714 Dadurch können aussichtslose Asylanträge von
2715 Angehörigen dieser Staaten schneller bearbeitet und ihr
2716 Aufenthalt in Deutschland schneller beendet werden. Wir
2717 wollen uns gegenüber den Regierungen dieser Staaten und
2718 der Europäischen Kommission dafür einsetzen, dass
2719 nachhaltige Maßnahmen zur Verbesserung der
2720 Lebenssituation der Menschen vor Ort ergriffen werden.

2721 **90.**

2722 *Achtung menschenrechtlicher und humanitärer Standards*

2723 Nach wie vor nimmt Deutschland einen großen Teil der
2724 Flüchtlinge auf, die nach Europa kommen, und setzt bei der
2725 Flüchtlingshilfe Maßstäbe. Gleichzeitig sind die Staaten an
2726 den Außengrenzen der Europäischen Union mit einer
2727 zunehmenden Zahl von Flüchtlingen belastet. Beim Schutz

2728 der Außengrenzen treten wir für die konsequente
2729 Einhaltung menschenrechtlicher und humanitärer
2730 Standards ein. Die Grenzüberwachung müssen wir
2731 verstärken, damit wir ein besseres Lagebild über die
2732 Situation auf See erzielen können. So kann Flüchtlingen in
2733 Seenot schneller geholfen werden. Der Grundsatz der
2734 Nichtzurückweisung und die Pflicht zur Seenotrettung
2735 müssen uneingeschränkt anerkannt und umfassend
2736 geachtet werden.

2737 *Hilfe für Flüchtlinge*

2738 Wir sind solidarisch mit Drittländern in Krisenregionen, die
2739 die größte Verantwortung für Flüchtlinge tragen. Wir
2740 werden auch weiterhin das Flüchtlingshilfswerk der
2741 Vereinten Nationen nach Kräften unterstützen. Auch in
2742 Zukunft werden wir Flüchtlingen helfen. Dabei setzen wir
2743 uns auch für neue Formen des Schutzes ein. Dazu zählt die
2744 Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittstaaten, wenn ihnen
2745 eine baldige Rückkehr in ihr Herkunftsland nicht möglich
2746 ist. Oder wenn sie nicht dauerhaft in das Land eingegliedert
2747 werden können, das sie zuerst aufgenommen hat. Dabei
2748 bauen wir weiterhin auf die vertrauensvolle
2749 Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshochkommissar der
2750 Vereinten Nationen. Das gilt auch für die Hilfe für
2751 Flüchtlinge weltweit.

2752 Unser Ziel muss sein, dass sich Flüchtlinge gar nicht erst in
2753 eine lebensbedrohliche Situation begeben. Eine nachhaltige
2754 Asylpolitik setzt daher bei den Fluchtursachen an. Die
2755 Europäische Union muss sich dafür einsetzen, dass sich
2756 die Lebenssituation in den Herkunftsländern der
2757 Flüchtlinge anhaltend verbessert.

2758 *Strategie zur Rückführung*
2759 Zur konsequenten Rückführung nicht schutzbedürftiger
2760 Menschen werden wir eine abgestimmte Strategie
2761 entwickeln. Hierdurch sollen Zuwanderungs-, Außen- und
2762 Entwicklungspolitik besser ineinander greifen. Dies schließt
2763 die Rückkehrförderung und Identitätsklärung mit ein.

2764 Die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitstaaten
2765 in Afrika muss besser werden. Das gilt für den Kampf
2766 gegen Schleuserkriminalität und illegale Zuwanderung, die
2767 Steuerung legaler Zuwanderung und den Flüchtlingsschutz.
2768 Dazu sollte die Europäische Union mit diesen Staaten
2769 Partnerschaften aufbauen und sie bei der Entwicklung
2770 eigener Asylsysteme unterstützen.

2771 **91.**

2772 **4.4 Verantwortungsbewusste Datenpolitik – Privatsphäre**
2773 **schützen**

2774 Deutschland und Europa brauchen eine
2775 verantwortungsbewusste Datenpolitik. Sie soll die
2776 Menschen in ihrer Privatsphäre schützen. Das Internet zeigt
2777 besonders deutlich, dass der technologische Fortschritt
2778 das bestehende rechtliche Rahmenwerk vor immer neue
2779 Herausforderungen stellt. Die Rechtsentwicklung muss mit
2780 der technologischen Entwicklung Schritt halten.

2781 Auch in der digitalen Welt gilt es, ein besseres
2782 Gleichgewicht zwischen Freiheit und Sicherheit
2783 herzustellen. Im Netz muss sich jedermann frei und sicher
2784 bewegen können. Datenmissbrauch untergräbt jedoch das
2785 Vertrauen in das Netz. Daher werden wir unser besonderes
2786 Augenmerk auf die Sicherheit und die Privatsphäre des
2787 Einzelnen legen. Unser Ziel lautet: Überall dort, wo
2788 personenbezogene Daten verarbeitet werden, muss auch

2789 europäisches Recht gelten. Doch wir wissen auch: Kein
2790 Datenschutzrecht kann den Einzelnen von seiner eigenen
2791 Verantwortung für seine Daten freisprechen. Deshalb
2792 setzen wir uns für konkrete Hilfen und Aufklärung im Alltag
2793 ein, um digitale Persönlichkeitsrechte wirksam zu schützen.
2794 Maßnahmen des Datenschutzes und der Daten- bzw. IT-
2795 Sicherheit müssen dabei ineinander greifen.

2796 **92.**

2797 *Reform des europäischen Datenschutzrechts*
2798 Das europäische Datenschutzrecht wollen wir
2799 durchgreifend reformieren, damit sich jeder in der
2800 Europäischen Union auf ein einheitliches und hohes
2801 Datenschutzniveau verlassen kann. Die strengen deutschen
2802 Schutzstandards wollen wir dabei erhalten und an die
2803 Herausforderungen der digitalen Gesellschaft anpassen.

2804 *Vertrauen in den Datenschutz wiederherstellen*
2805 Wirksamer Datenschutz umfasst auch den Schutz vor dem
2806 Ausspähen durch fremde Nachrichtendienste. Angesichts
2807 der bekannt gewordenen Spionagepraktiken müssen wir
2808 verloren gegangenes Vertrauen in den Schutz
2809 personenbezogener Daten zurückgewinnen. Zu diesem
2810 Zweck wollen wir gemeinsame Standards für die
2811 Zusammenarbeit der Nachrichtendienste der EU-
2812 Mitgliedstaaten erreichen. Wir fordern des Weiteren die
2813 rasche Einführung einer Meldepflicht für Unternehmen, die
2814 Daten ihrer Kunden ohne deren Einwilligung an Behörden
2815 in Drittstaaten übermitteln. Wir brauchen eine bessere
2816 Durchsetzung europäischer Datenschutzstandards
2817 gegenüber Anbietern aus Drittstaaten. Wir wollen zudem
2818 gemeinsame neue transatlantische Datenschutzstandards
2819 vereinbaren, um personenbezogene Daten bei ihrer
2820 Übermittlung von Europa in die USA besser zu schützen.

2821 Deshalb ist es auch der richtige Weg, das sogenannte Safe-
2822 Harbor-Modell neu zu verhandeln und damit eine bessere
2823 rechtliche Grundlage zu schaffen.

2824 **93.**

2825 *Speicherung von Verbindungsdaten zur Kriminalitäts- und*
2826 *Terrorismusbekämpfung*

2827 Persönliche Kommunikationsdaten müssen geschützt sein.
2828 Zugleich müssen wir jedoch in einem rechtlich festgelegten
2829 Rahmen Daten für die Bekämpfung von Kriminalität und
2830 Terrorismus nutzen dürfen. Angemessene Speicherfristen
2831 für Verbindungsdaten sind dafür notwendig. So können
2832 Ermittler ausschließlich nach Genehmigung durch einen
2833 Richter auf diese Daten zugreifen, um schwerere Straftaten
2834 zu verfolgen. Auch um akute Gefahren für Leib und Leben
2835 abzuwehren, muss ein Zugriff möglich sein. Wir werden
2836 daher die entsprechende EU-Richtlinie umsetzen. Auf
2837 europäischer Ebene werden wir darauf hinwirken, dass die
2838 Speicherfrist auf drei Monate verkürzt wird.

2839 **94.**

2840 **4.5 Netzsicherheit erhöhen – Freiheit in einem sicheren Netz**

2841 Kriminalität verlagert sich im digitalen Zeitalter immer mehr
2842 in das Netz: Vom Datendiebstahl über den Online-Betrug
2843 bis hin zur Industriespionage. Datenschutz und Sicherheit
2844 im Netz sind zwei Seiten derselben Medaille.

2845 *Vertrauen in die Datensicherheit wiederherstellen*

2846 Da wir wissen, dass die fortschreitende Digitalisierung für
2847 die Zukunft Europas immer bedeutsamer wird, gilt es auch,
2848 eigene europäische Kompetenzen auf dem Feld der IT-
2849 Sicherheit zu entwickeln und auszubauen. Insbesondere bei
2850 der Entwicklung von Hard- und Software müssen wir mehr
2851 „technologische Souveränität“ erlangen, um unabhängiger

2852 von Ländern außerhalb Europas zu werden. Auch setzen
2853 wir uns dafür ein, die europäischen
2854 Kommunikationsverbindungen gegen
2855 Massenausspähungen besser zu sichern. Hierzu treten wir
2856 für ein europäisches Routingsystem, die europäische
2857 Verarbeitung von Verbindungsdaten sowie den Einsatz von
2858 Verschlüsselungstechnologie ein.

2859 *Für eine europäische Strategie zur IT-Sicherheit*
2860 Deutschland hat bereits eine IT-Sicherheitsstrategie. Sie ist
2861 eine gute Grundlage, um Sicherheit auf einem
2862 angemessenen Niveau zu gewährleisten, ohne die Chancen
2863 des Internets zu beeinträchtigen. Jedoch macht
2864 Internetkriminalität nicht an Ländergrenzen Halt. Um die
2865 Freiheit im Netz zu schützen und Sicherheit zu
2866 gewährleisten, wollen wir die IT-Infrastruktur europaweit
2867 widerstandsfähiger gestalten. Dazu treten wir für eine
2868 europäische Strategie zur Netzsicherheit ein.

2869 **95.**
2870 *Schutz der Wirtschaft vor Spionage*
2871 In der globalisierten Wirtschaft steigt die Verwundbarkeit
2872 durch Attacken aus dem Internet sowie durch Spähangriffe
2873 fremder Nachrichtendienste und internationaler Konkurrenz
2874 rasant an. Wichtige Forschungs- und
2875 Entwicklungsergebnisse werden so ausgespäht. Die
2876 Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen
2877 Wirtschaft wird schwer geschädigt; insbesondere kleine
2878 und mittelständische Unternehmen im gemeinsamen
2879 Binnenmarkt sind häufig nur unzureichend geschützt.
2880 Gegen solche Angriffe wollen wir Deutschland und Europa
2881 besser schützen. Hierfür kommt es auch auf europäischer
2882 Ebene auf ein eng verzahntes Vorgehen aller Akteure in
2883 Staat, Wirtschaft und Forschung an. Zu diesem Zweck

2884 brauchen wir eine stärkere Zusammenarbeit sowie einen
2885 besseren Austausch von Fachwissen und Informationen.

2886 *Schutz kritischer Infrastrukturen*

2887 Wir werden Wasser, Strom, Telekommunikationsnetze und
2888 andere sogenannte kritische Infrastrukturen vor Angriffen
2889 aus dem Internet besser schützen. Mit einem IT-
2890 Sicherheitsgesetz werden für alle kritischen Infrastrukturen
2891 in Deutschland einheitliche und hohe Anforderungen bei
2892 der Sicherheit festgelegt. Erhebliche IT-Sicherheitsvorfälle
2893 müssen künftig gemeldet werden. Im Rahmen einer
2894 europäischen Sicherheitsstrategie wollen wir
2895 entsprechende Regelungen auch europaweit verankern.

2896 *Förderung von Forschung und innovativen Projekten*

2897 Sicherheit im Netz ist auch ein entscheidender
2898 Standortfaktor der Zukunft – für Deutschland ebenso wie
2899 für den europäischen Raum. Je umfassender der Schutz in
2900 Europa beschaffen ist, desto lohnenswerter werden
2901 Investitionen in den Wirtschaftsstandort Europa. Deshalb
2902 werden wir die Forschung auf diesem Feld weiter
2903 vorantreiben und innovative Projekte fördern. Immer mehr
2904 Unternehmen entwickeln neuartige Sicherheitslösungen.
2905 Diese Initiativen müssen gestärkt werden. Durch die
2906 richtigen Anreize wollen wir Deutschland zum Marktführer
2907 für Sicherheitslösungen im Netz entwickeln und zugleich
2908 die Netzsicherheit in Europa erhöhen.

2909 **96.**

2910 **5. Europas Verantwortung in der Welt**

2911 Die Europäische Union tritt für Frieden, Freiheit und
2912 Wohlstand, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die
2913 Achtung der Menschenrechte ein – in Europa selbst und in
2914 der Welt. Nur gemeinsam können wir erfolgreich unsere
2915 Werte und Interessen in der Welt verteidigen und
2916 durchsetzen.

2917 **5.1 Europäische Außen- und Sicherheitspolitik –**
2918 **weltweit für Frieden und Menschenrechte**

2919 Die Zukunft Deutschlands und Europas ist mit den
2920 politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen
2921 Entwicklungen in der Welt eng verbunden. Die
2922 internationale Sicherheit, der Klimaschutz, wirtschaftliche
2923 Stabilität oder sichere, saubere und bezahlbare
2924 Energieversorgung bestimmen immer stärker die
2925 internationale Tagesordnung. Die Globalisierung können
2926 wir Europäer nur dann maßgeblich mitgestalten, wenn wir
2927 eine starke und handlungsfähige Europäische Union haben.
2928 Dafür müssen wir gemeinsam Lösungen erarbeiten und mit
2929 einer Stimme sprechen. Nur so können wir weltweit
2930 entschlossen für Frieden, Freiheit und Wohlstand eintreten.

2931 *Europas Außenhandeln stärken*

2932 Wir setzen uns dafür ein, dass der Hohe Beauftragte für die
2933 Außen- und Sicherheitspolitik weiterhin als Vizepräsident in
2934 der Europäischen Kommission verankert bleibt. Wir wollen
2935 dieses Amt weiter stärken, damit die Europäische Union
2936 geschlossener und wirksamer in der Welt auftreten und
2937 handeln kann. Die Fähigkeiten des Europäischen
2938 Auswärtigen Dienstes (EAD) für ein vorbeugendes
2939 Krisenmanagement und für eine schnelle Krisenreaktion
2940 müssen verbessert werden. Handels- und Außenpolitik

2941 sowie Entwicklungszusammenarbeit müssen zwischen
2942 Europäischer Kommission und EAD noch besser verknüpft
2943 und abgestimmt werden.

2944 **97.**

2945 *Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik*

2946 Wir wollen die Gemeinsame Sicherheits- und
2947 Verteidigungspolitik (GSVP) zu einer gemeinsamen
2948 Verteidigung der Europäischen Union ausbauen. Hierbei
2949 setzen wir auch auf das Konzept der
2950 Anlehnungspartnerschaft. Dabei können sich
2951 Nachbarländer an die militärischen Fähigkeiten der
2952 größeren Mitgliedstaaten der Europäischen Union
2953 ankoppeln. Entscheidend ist, dass diese Form der
2954 Zusammenarbeit zugleich der gemeinsamen Sicherheit und
2955 dem Aufbau einer gemeinsamen Verteidigung dient.
2956 Langfristig streben wir eine europäische Armee an.

2957 So wollen wir die militärischen Fähigkeiten der
2958 Europäischen Union stärken und dabei zugleich eng mit der
2959 NATO zusammenarbeiten. Wir setzen uns dafür ein, die
2960 bestehenden Initiativen für ein Zusammenlegen und das
2961 gemeinsame Nutzen militärischer Kapazitäten (Pooling und
2962 Sharing) möglichst eng aufeinander abzustimmen und
2963 auszubauen. Dies gilt auch mit Blick auf eine stärkere
2964 Aufgabenteilung. Hierbei messen wir der Zusammenarbeit
2965 Deutschlands mit Frankreich und Polen eine besondere
2966 Rolle zu. Wir wollen alle interessierten Partner nach der
2967 Möglichkeit einer sogenannten „Permanenten
2968 Strukturierten Zusammenarbeit“ daran beteiligen.

2969 Zusammen mit kooperationswilligen EU-Partnern wollen wir
2970 ein Konzept für eine gemeinsame Verteidigungsplanung
2971 entwickeln. Wir streben verstärkt gemeinsame

2972 Rüstungsprojekte und die Entwicklung gemeinsamer
2973 Fähigkeiten an. Wir setzen uns weiter für eine Angleichung
2974 der Richtlinien für Rüstungsexporte innerhalb der
2975 Europäischen Union ein.

2976 **98.**

2977 *Europäische Union und NATO – gemeinsam stärker*
2978 Europa ist eine Friedensmacht. Die Verleihung des
2979 Friedensnobelpreises steht symbolisch hierfür. In der GSVP
2980 bringt die Europäische Union ihre besonderen Fähigkeiten
2981 in der Diplomatie, bei der zivilen Krisenprävention und in
2982 der Krisennachsorge ein. Durch einen vernetzten Ansatz
2983 unter Einbeziehung der militärischen Stärke der NATO
2984 schärft sie das Bewusstsein dafür, dass Konflikte nie allein
2985 militärisch zu lösen sind. Es ist eine umfassende Strategie
2986 unter Einbeziehung politischer und ziviler Mittel
2987 erforderlich. Die Europäische Union und ihre
2988 Mitgliedstaaten können insbesondere wertvolle Hilfe beim
2989 Aufbau einer leistungsfähigen Polizei und Justiz leisten.

2990 Wir wollen, dass gemeinsame europäische Einsätze zur
2991 Wahrung und Stärkung der Sicherheit Europas vorrangig in
2992 unserer Nachbarschaft durchgeführt werden. Einsätze
2993 jenseits dieser Nachbarschaft sollten vermehrt regionalen
2994 Partnern und Organisationen in anderen Weltregionen
2995 übertragen werden.

2996 **99.**

2997 *Transatlantische Partnerschaft*
2998 Die transatlantische Partnerschaft gründet auf einem
2999 Fundament gemeinsamer Werte. Auch im 21. Jahrhundert
3000 gibt es keine besseren Partner füreinander als Nordamerika
3001 und Europa. Diese Partnerschaft ist deshalb auch heute der
3002 Schlüssel zu mehr Freiheit, Sicherheit und Wohlstand in der

3003 Welt. Deshalb werden wir sie weiter festigen und stärken.
3004 Für mehr Wachstum und Arbeitsplätze auf beiden Seiten
3005 des Atlantiks werden wir Handelshemmnisse im Rahmen
3006 einer transatlantischen Handels- und
3007 Investitionspartnerschaft abbauen. In Zukunft kommt es
3008 darauf an, die Kooperation zwischen der EU und der NATO
3009 zu stärken. Bestehende Blockaden bei der Zusammenarbeit
3010 müssen überwunden werden.

3011 *Partnerschaft mit Russland*

3012 Wir streben ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis zu
3013 einem politisch und wirtschaftlich modernen Russland an.
3014 Die Tiefe und Breite der Beziehungen hängt wesentlich
3015 davon ab, in wieweit Russland seine internationalen
3016 Verpflichtungen erfüllt und vereinbarte demokratische und
3017 rechtsstaatliche Standards einhält. Wir wollen die Kontakte
3018 zu Vertretern der neuen russischen Mittelschicht und
3019 Zivilgesellschaft verbreitern und die
3020 zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit fördern. Wir
3021 verfolgen auch weiterhin das Ziel eines neuen
3022 Partnerschaftsabkommens zwischen der Europäischen
3023 Union und Russland. Zudem setzen wir auf den Ausbau der
3024 Ostseezusammenarbeit sowie eine stärkere
3025 Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik.
3026 Russlands Versuche, Staaten der gemeinsamen
3027 Nachbarschaft unter Druck zu setzen, weisen wir zurück.

3028 *Zusammenarbeit mit den Schwellenländern ausbauen*

3029 Der Aufbau einer friedlichen und fairen Weltordnung im 21.
3030 Jahrhundert und die Lösung globaler Probleme erfordern,
3031 dass wir noch enger mit den großen Schwellenländern
3032 zusammenarbeiten. Deshalb wollen wir Länder wie
3033 Brasilien, China, Indien, Mexiko, Nigeria oder Südafrika
3034 noch stärker einbinden. Ein Beispiel ist die Gruppe der

wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G 20). Wir wollen die Beziehungen zu Regionalorganisationen wie ASEAN, MERCOSUR, Afrikanischen Union oder ECOWAS ausbauen. Außerdem ist ein reger Wirtschaftsaustausch mit den dynamisch wachsenden Ländern für sichere und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in Deutschland und Europa von großer Bedeutung.

100.

Vereinte Nationen – Handlungsfähigkeit im Blick

Wir setzen uns dafür ein, dass die Vereinten Nationen handlungsfähiger und stärker werden. Hierfür bedarf es auch innerer Reformen. Bei einer Reform des Sicherheitsrats befürworten wir einen ständigen Sitz für die Europäische Union. Auf dem Weg dorthin ist Deutschland bereit, mit der Übernahme eines ständigen Sicherheitsratssitzes mehr Verantwortung zu übernehmen.

Menschenrechte – im Fokus

Menschenrechte sind universell, unteilbar und unveräußerlich. Sie sind Ausdruck der unantastbaren Würde des Menschen. Auf dieser Grundüberzeugung fußt unser politisches Handeln in Deutschland, in Europa und in der Welt. Das intensive Bemühen für die Umsetzung und die Wahrung der Menschenrechte beruht auch auf unserem christlichen Bild vom Menschen. Es muss weiter wesentlicher Teil einer wertegeleiteten europäischen Außenpolitik sein.

Der Einsatz für die Abschaffung der Todesstrafe sowie das Verbot von Folter weltweit müssen in den europäischen Außenbeziehungen mit Nachdruck verfolgt werden. Wir wollen die Religionsfreiheit als universelles Menschenrecht weltweit voranbringen und die Lage der christlichen

Minderheiten verbessern. Wir wenden uns entschieden gegen jede Form des Antisemitismus. Gleichzeitig ist unsere Solidarität mit allen diskriminierten religiösen und ethnischen Minderheiten selbstverständlich. Der Bekämpfung von Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsverheiratung und des Organhandels gilt weiterhin unser Engagement in Europa und der Welt. Wir treten weltweit für die Anerkennung der Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit ein.

101.

5.2 Festigung vor Erweiterung – Europas Zusammenhalt stärken

Die bisherigen EU-Erweiterungen haben die Zone der Stabilität und des Friedens in Europa größer gemacht. Sie haben Deutschland politischen und wirtschaftlichen Nutzen insgesamt gebracht. In den letzten 20 Jahren hat sich die Zahl der EU-Mitgliedstaaten von 12 auf 28 erhöht. Das hohe Tempo der Erweiterung war notwendig, ist aber zugleich eine große Belastung für die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Europäischen Union. Gerade angesichts der noch nicht überwundenen Wirtschafts- und Finanzkrise muss daher in den nächsten Jahren die Festigung der Europäischen Union Vorrang vor weiteren Erweiterungen haben. Allerdings muss die Europäische Union grundsätzlich dennoch für europäische Staaten offen bleiben.

Beitrittskriterien ohne Abstriche durchsetzen

Wir wollen, dass die laufenden Beitrittsverhandlungen fortgesetzt werden. Dabei werden wir sorgfältig darauf achten, dass Kandidaten für den Beitritt zur Europäischen Union alle politischen und wirtschaftlichen Kriterien voll erfüllen. Das ist die Voraussetzung für den Abschluss der

3098 Beitrittsverhandlungen. Die Länder müssen insbesondere
3099 die EU-Standards in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit,
3100 Gewaltenteilung, Menschenrechte wie Meinungs- und
3101 Religionsfreiheit in die Praxis umgesetzt haben. Gleiches
3102 gilt für Volksgruppen- und Minderheitenrechte.
3103 Entscheidend sind zum einen die Beitrittsfähigkeit der
3104 Kandidaten und zum anderen die Aufnahmefähigkeit der
3105 Europäischen Union.

3106 *Westlicher Balkan*

3107 Wir stehen zur Beitrittsperspektive der Staaten des
3108 westlichen Balkans zur Europäischen Union. Allerdings
3109 muss auch hier jeder Beitrittskandidat die Kriterien erfüllen.
3110 Der Beitrittsprozess bietet die Chance, bestehende
3111 Minderheiten- und Nachbarschaftskonflikte in der Region
3112 beizulegen. Zudem müssen die Staaten des westlichen
3113 Balkans ihre Probleme im Bereich der Rechtsstaatlichkeit
3114 und Korruption erfolgreich lösen.

3115 **102.**

3116 *Türkei*

3117 Wir sehen die strategische und wirtschaftliche Bedeutung
3118 der Türkei für Europa. Ebenso sehen wir die gewachsenen,
3119 vielfältigen Beziehungen zwischen den Menschen in der
3120 Europäischen Union und in der Türkei. Vor allem die
3121 türkeistämmige Bevölkerung in Deutschland stellt eine
3122 wichtige Brücke zwischen unseren Ländern dar. Wir wollen
3123 daher eine möglichst enge Zusammenarbeit zwischen der
3124 Europäischen Union und der Türkei sowie eine strategische
3125 Zusammenarbeit in außen- und sicherheitspolitischen
3126 Fragen. Eine Vollmitgliedschaft der Türkei lehnen wir aber
3127 ab, weil sie die Voraussetzung für einen EU-Beitritt nicht
3128 erfüllt. Angesichts der Größe des Landes und seiner

3129 Wirtschaftsstruktur wäre zudem die Europäische Union
3130 überfordert.

3131 **103.**

3132 **5.3 Europäische Nachbarschaftspolitik –**
3133 **für Demokratie, Stabilität und Wohlstand**

3134 *Lebendige östliche Nachbarschaft*

3135 Eine demokratische und rechtsstaatliche Entwicklung in
3136 der östlichen Nachbarschaft –hierzu zählen Armenien,
3137 Aserbaidshan, Belarus, Georgien, Moldau und die Ukraine
3138 – ist für Deutschland und die Europäische Union von
3139 zentralem Interesse. Wir wollen weiter die demokratische,
3140 rechtsstaatliche, wirtschaftliche, soziale und ökologische
3141 Entwicklung dieser Staaten fördern. Assoziierungs-,
3142 Freihandels- und Visaerleichterungs-Abkommen bleiben die
3143 besten Instrumente für eine Annäherung dieser Staaten an
3144 die Europäische Union. Wir freuen uns, dass Georgien und
3145 die Republik Moldau die Assoziierungsabkommen bereits
3146 unterzeichnet haben.

3147 Wir beobachten seit mehreren Jahren mit großer Sorge,
3148 dass in Ländern der östlichen Nachbarschaft wie
3149 Aserbaidshan, Belarus und der Ukraine wichtige
3150 Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und der
3151 Menschenrechte verletzt werden. Auch diese Länder sollen
3152 einen Platz im Europäischen Haus gemeinsamer Werte
3153 einnehmen können. In diesem Bestreben wollen wir deren
3154 demokratische Entwicklung fördern. Daher unterstützen wir
3155 die demokratischen und proeuropäischen politischen
3156 Kräfte in der Ukraine. Die Ukraine hat durch das
3157 ausgehandelte Assoziierungsabkommen eine klare
3158 europäische Perspektive. Dabei wollen wir, dass die
3159 Ukraine gute und enge Beziehungen zur Europäischen

3160 Union und zu Russland pflegen kann. Die Ukraine kann
3161 dann auch eine wichtige Brückenfunktion zwischen der
3162 Europäischen Union und Russland einnehmen.

3163 **104.**

3164 *Nachbarn am Mittelmeer*

3165 Die Nachbarländer Europas an der südlichen und östlichen
3166 Küste des Mittelmeers sind von großer Bedeutung für die
3167 EU. Dies gilt vor allem für die innere und äußere Sicherheit
3168 der Europäischen Union, unsere Energieversorgung und
3169 die Bekämpfung illegaler Zuwanderung. Eine demokratisch
3170 verfasste und stabile europäische Nachbarschaft in
3171 Nordafrika und der arabischen Welt, die den Menschen gute
3172 Lebenschancen vor Ort eröffnet, ist in unserem Interesse.
3173 Die Europäische Union muss deshalb die nachhaltige
3174 Entwicklung reformbereiter Länder weiter tatkräftig
3175 unterstützen.

3176 *Naher und Mittlerer Osten*

3177 Deutschland und Europa haben ein hohes Interesse an
3178 Frieden und Stabilität im Nahen und Mittleren Osten. Wir
3179 unterstützen das Ziel einer Zweistaaten-Lösung. Dazu
3180 gehören ein jüdischer demokratischer Staat Israel in
3181 anerkannten und dauerhaft sicheren Grenzen sowie ein
3182 lebensfähiger palästinensischer Staat, die in friedlicher
3183 Nachbarschaft leben.

3184 *Syrien*

3185 Ein dauerhafter Frieden in Syrien wird nur möglich sein,
3186 wenn alle Konfliktparteien zu Verhandlungen bereit sind.
3187 Sollte das syrische Regime nicht ausreichend kooperieren,
3188 werden wir auf weitere Sanktionen der Europäischen Union
3189 und auf harte Konsequenzen im Sicherheitsrat der
3190 Vereinten Nationen dringen. Wir werden uns gemeinsam

3191 mit dem Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen
3192 gegenüber anderen EU-Mitgliedstaaten nachdrücklich für
3193 eine gemeinsame europäische Initiative zur Aufnahme
3194 syrischer Flüchtlinge einsetzen.

3195 *Nachbarkontinent Afrika*

3196 Wir wollen dazu beitragen, dass die Staaten unseres
3197 Nachbarkontinents Afrika ihre Probleme selbst lösen
3198 können. Zu den vorrangigen Zielen unseres Engagements
3199 gehören die Bekämpfung von Armut, der Schutz der
3200 natürlichen Lebensgrundlagen und die Förderung von
3201 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Zudem setzen wir auf
3202 eine Politik zur Stabilisierung und Wiederaufbau von
3203 schwachen oder gescheiterten Staaten.

3204 **105.**

3205 **5.4 Nachhaltige Entwicklung – globale Gerechtigkeit**

3206 Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sind die
3207 weltweit mit großem Abstand wichtigsten Geber von
3208 Entwicklungsleistungen. Die gemeinschaftliche
3209 europäische Entwicklungspolitik muss sich weiterhin von
3210 einer werteorientierten Interessenpolitik leiten lassen.

3211 *Werte und Interessen*

3212 Wir wollen Demokratie und Menschenrechte, das friedliche
3213 Zusammenleben und die nachhaltige Schaffung von
3214 Wohlstand in den Mittelpunkt stellen. Wir orientieren uns an
3215 den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, der Bewahrung
3216 der Schöpfung und weltweit fairen Handelschancen für alle.
3217 Unser Ansatz in der europäischen
3218 Entwicklungszusammenarbeit ist dabei Hilfe zur Selbsthilfe.
3219 Die Entwicklungsländer müssen ihr Handeln und ihre
3220 Regierungsführung darauf ausrichten. Die Regierungen in
3221 unseren Partnerländern müssen sich auch daran messen

3222 lassen, ob sie Rahmenbedingungen schaffen, die
3223 Entwicklung begünstigen.

3224 Wir treten dafür ein, dass sich die europäische
3225 Entwicklungspolitik für eine armutsorientierte Folgeagenda
3226 nachhaltiger Entwicklungsziele einsetzt, die die bisherigen
3227 Millenniumsentwicklungsziele aufgreift und vertieft. Wir
3228 wollen weltweit geltende, konkrete und nachhaltige
3229 Entwicklungsziele vereinbaren.

3230 **106.**

3231 *Europäische und nationale Entwicklungspolitik abstimmen*

3232 Um die Wirksamkeit der europäischen Entwicklungspolitik
3233 zu stärken, wollen wir sie so ausgestalten, dass sie sich
3234 bestmöglich mit den Entwicklungspolitiken der
3235 Mitgliedstaaten ergänzt. Vor allem soll sie nur da zum
3236 Einsatz kommen, wo die Europäische Union als
3237 übergeordnete politische Einheit bessere Problemlösungen
3238 anbieten kann. Das bedeutet auch, dass die Europäische
3239 Union keine eigenen Organisationen aufbauen soll, die
3240 selbst Entwicklungsprojekte durchführen.

3241 Zugleich wollen wir die Arbeitsteilung verbessern: Sowohl
3242 zwischen der gemeinschaftlichen Ebene und den
3243 Mitgliedstaaten als auch unter den Mitgliedstaaten selbst.
3244 So erreichen wir bessere Ergebnisse. Wir wollen auch das
3245 Zusammenspiel der verschiedenen Politikfelder der
3246 Europäischen Union stärken. Insbesondere wollen wir die
3247 europäische Entwicklungs- und Nachbarschaftspolitik
3248 besser aufeinander abstimmen.

3249 Die verschiedenen Finanzierungsquellen der
3250 gemeinschaftlichen europäischen Entwicklungspolitik
3251 wollen wir stärker aufeinander abstimmen und besser

3252 miteinander verzahlen. Den Europäischen
3253 Entwicklungsfonds wollen wir deshalb in den Haushalt der
3254 Europäischen Kommission überführen.